

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 8/2024



Zeitzeugen gesucht – Erinnerung an ehemalige Einrichtungen in der DDR

Standort für Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft

Solidarität mit Solidarno – Aus Feinden wurden Freunde

Sänger der „Samtenen Revolution“ Jaroslav Hutka

Inhalt**Aktuell**

- 3 Gedenkstätte Hoheneck seit 22. September 2024 für die Öffentlichkeit zugänglich
Gedenkstätte Lindenstraße
- 4 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock
Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V.
Beratung für Opfer von SED-Unrecht durch den Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt
- 5 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
35 Jahre Mauerfall. 17 Perspektiven. Eine Videoinstallation
- 6 Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
MAUERPAUER
- 7 Solidarität mit Solidarność – Aus Feinden wurden Freunde
Sowjetische Militärtribunale (SMT) –
Neue Forschungen und Perspektiven
Stiftung Berliner Mauer

Aufarbeitung

- 8 Bund und Berlin geben Standort für das Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft bekannt
- 9 Das vereinte Deutschland mit der SED-Diktatur gleichzusetzen, verharmlost das SED-Unrecht
35 Jahre Friedliche Revolution:
Bundesstiftung bietet Material für Aufarbeitung
- 10 DDR Brett- und Kartenspiele mit Dr. Wolle

Berichte

- 10 Neubrandenburger Ehrenamtler zu Gast beim Bundespräsidenten
- 11 Konferenz der Landesbeauftragten zum Tag der Deutschen Einheit in Schwerin
7. Tätigkeitsbericht der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LakD)
- 12 Große Abschlussveranstaltung zur Ausstellung „An der Grenze erschossen“
- 13 Doch wir sind frei und dafür sind wir sehr, sehr dankbar...
Ausstellung über die NS-Verfolgung der Zeugen Jehovas in der Gedenkstätte Sachsenhausen
- 14 Verklärung der Geschichte –
Opfer des Kommunismus nicht erwünscht?
- 15 79. Jahrestag „Speziallager“ SACHSENHAUSEN 1945–1950

Geschichte

- 16 Sänger der „Samtenen Revolution“ Jaroslav Hutka
- 17 Als der Eiserne Vorhang ein Loch bekam
- 18 Grenzdokumentationsstelle Lübeck-Schlutup

Verbände

- 19 Bundesverdienstkreuz für Günther Dilling (90)
- 20 Bundesverdienstkreuz für Waltraud Thiele
Nachruf auf Dr. med. Gerald Joram

Service/Bücher

- 21 Horch & Guck – Schwerpunkt
Opferentschädigung und Novellierung
Zeitzeugen gesucht – Erinnerung an ehemalige Einrichtungen in der DDR
- 22 Der Beutelsbacher Konsens geschichtsdidaktisch
- 23 Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e. V.
Verschleppt, verbannt, verschwunden

Umschlagbild

Grenzlandmuseum Eichsfeld (<https://www.grenzlandmuseum.de/>). Foto: Henning Pietzsch

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde,

der deutsche Bundestag hat die Gesetzesnovelle für das Rehabilitierungsrecht in erster Lesung beraten. Der aktuelle Regierungsentwurf hat unsere Erwartungen bisher leider nicht erfüllt. Aus dem parlamentarischen Raum haben wir aber Signale, dass der vorgeschlagene Regierungsentwurf noch lange nicht das letzte Wort ist. Bei den Fraktionen im deutschen Bundestag stoßen wir gleichzeitig, angeführt insbesondere auch durch Evelyn Zupke, unsere Opferbeauftragte, auf offene Ohren. Hoffen wir, dass es bei allem Verständnis für unsere Anliegen nicht nur dabei bleibt, sondern, dass sich unsere Vorschläge zur Verbesserung der Rehabilitierung der verschiedenen Opfergruppen auch tatsächlich im zukünftigen Gesetzestext wiederfinden werden. Ich hoffe auch, dass die Differenzen in der Bundesregierung nicht dazu führen, dass wir mit unseren Erwartungen auf der Strecke bleiben. Noch sind wir optimistisch und ich werbe derzeit jede Woche zwei bis dreimal im deutschen Bundestag, um unser Anliegen voran zu bringen. Ich bleibe deshalb auch hoffnungsvoll, dass wir für die Opfer von SED und Kommunismus weitreichende Verbesserungen und Erleichterungen erreichen kön-

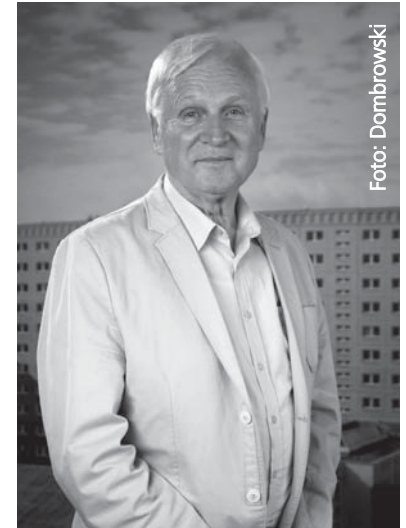


Foto: Dombrowski

nen. Wir werden sie auf dem Laufenden halten.

Auch dies sind Aufgaben, die wir als UOKG wahrnehmen. Wenn Sie diese Arbeit unterstützen möchten, können Sie das sehr gerne auch durch eine Spende tun (Spendenkonto im Impressum).

Blieben Sie aufrecht und gesund!

Ihr Dieter Dombrowski

Hinweis:

<https://www.uokg.de/2024/08/pm-uokg-zur-angeblichen-verbesserung-fuer-sed-opfer/>

Gedenkstätte Hoheneck seit 22. September 2024 für die Öffentlichkeit zugänglich

Die Gedenkstätte Frauengefängnis Hoheneck wurde am Sonntag, den 22. September 2024, feierlich für den regulären Besucherbetrieb eröffnet. **Besonderes Highlight ist die neue Dauerausstellung.**

Zwischen 1950 und 1989 saßen etwa 24.000 Frauen in Hoheneck ein, darunter 8.000 aus politischen Gründen. Die Haftbedingungen waren menschenunwürdig. Die Frauen waren entrechtet, sie litten unter Hunger und Kälte. Die baulichen und sanitären Gegebenheiten waren unzumutbar. Hinzu kam die körperlich zehrende Haftarbeit im Dreischichtsystem.

Am historischen Ort vermittelt die Gedenkstätte nun Wissen über den Hohenecker Strafvollzug, über die Schicksale der Gefangenen und das System der politischen Verfolgung, vor allem in der DDR.

Die Dauerausstellung kann künftig von Mittwoch bis Samstag jeweils zwischen 10.00 und 18.00 Uhr nach

vorheriger Anmeldung besucht werden.

Anmeldung über www.gedenkstaette-hoheneck.de oder per Mail gedenkstaette@stollberg-erzgebirge.de.

Fotoausstellung „Frauen von Hoheneck“

Wann: Donnerstag, ab 14. November 2024, 19.00 Uhr

Wo: Lernort im früheren Hafttrakt B des ehemaligen Kaßberg-Gefängnisses in Chemnitz

Die Ausstellung versammelt Porträts des Fotografen Dirk Vogel von 19 früheren politischen Haftinsassinnen des einstigen DDR-Frauengefängnisses Hoheneck und einem Mann, der sich als Kind mit seiner Mutter dort befand. Hinzu kommen Texte von Cathia Hecker, die biografische Hintergründe der Porträtierten erläutern.

Anmeldung bis Freitag, 25. Oktober per E-Mail an veranstaltungen@gedenkort-kassberg.de 🚗



Die Porträts auf dem Flyer-Deckblatt von Dirk Vogel zeigen die Zeitzeugen Birgit Krüger, Karla Fischer, Annemarie Krause und Christina Härtkorn.

Gedenkstätte Lindenstraße

04. November 2024 – Erinnern an 35 Jahre Friedliche Revolution 1989/90 in Potsdam

Im Herbst 1989 beendete die Friedliche Revolution in der DDR die mehr als vierzigjährige Diktatur der SED. Am 04. November 1989 gingen in Potsdam tausende Menschen für ihre Freiheit auf die Straße. Sie forderten unter anderem Meinungs-, Reise- und Pressefreiheit, freie Wahlen sowie Freiheit für politisch Inhaftierte. Zum 35-jährigen Jahrestag erinnert die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße mit der Landeshauptstadt Potsdam am 04. November 2024 an die Bedeutung dieses Datums und die Werte der Friedlichen Revolution, allen voran Freiheit und Demokratie.

Um 15.00 Uhr startet von der Gedenkstätte Lindenstraße aus eine dialogische Stadtführung mit dem Zeitzeugen Hans-Georg Baaske zum Luisenplatz, dem Ort der Großdemonstration am 4. November 1989.

Um 16.30 Uhr eröffnet Dr. Hagen Wegewitz, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt

Potsdam, die Werkstattausstellung „Passt mir nicht! Politische Plakate von Jugendlichen“.

Um 17.00 Uhr führt Dr. Peter Ulrich Weiß (LAKD) durch das Ausstellungsmodul „Demokratie – jetzt oder nie!“ der Gedenkstätte Lindenstraße.

Treffpunkt zu den kostenfreien Führungen jeweils in der Gedenkstätte Lindenstraße.

Anmeldung zur dialogischen Stadtführung, zur Eröffnung der Werkstattausstellung und / oder zur Führung durch das Ausstellungsmodul unter info@gedenkstaette-lindenstrasse.de

Ausstellung „Er ist als Ausländer fluchtverdächtig“ – Zwangsarbeit und NS-Justiz in Potsdam (1940–1945) vom 22. November 2024 bis 15. Juni 2025

Die neue Sonderausstellung über Zwangsarbeit und NS-Justiz in Potsdam (1940–1945) thematisiert vom 22. November 2024 bis 15. Juni 2025 das von Deutschen in Brandenburg und europaweit begangene Verbrechen der Zwangsar-

beit im Nationalsozialismus. Sie führt vor allem anhand der Lebensgeschichten von in der Lindenstraße inhaftierten Zwangsarbeiter:innen die verheerenden Folgen rassistischer Ideologie und Politik vor Augen und leistet damit einen Beitrag, die Betroffenen von NS-Zwangsarbeit ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Mit der Ausstellung erinnert die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße noch einmal umfangreicher, als dies bisher am Ort geschieht, an das menschenunwürdige und rassistisch strukturierte Ausbeutungsunternehmen und an die Beziehungsgeschichte zwischen Deutschen und ausländischen Arbeitskräften. Sie arbeitet damit zugleich einen weiteren Teil der Geschichte des Hauses auf. Die Ausstellung wird durch ein Begleitprogramm u.a. mit Kuratoren-Führungen, thematischen Stadtrundgängen und einer Filmveranstaltung ergänzt. Es erscheint ein Katalogband.

Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße
Lindenstraße 54, 14467 Potsdam
Tel.: +49 (0)331-971 89 005
www.gedenkstaette-lindenstrasse.de 🚗

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Rostock

Dienstag, 05. November 2024, 13.00–17.00 Uhr

Bürgerberatung: Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen? Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG).

Ort: Grüner Weg 5
18055 Rostock

Mittwoch, 06. November 2024, 15.00 Uhr

Öffentliche Führung: Einer Diktatur auf der Spur. Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv Bundesarchiv.

Ort: Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock
Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck-Dummerstorf

Donnerstag, 07. November 2024, 15.00 Uhr

Öffentliche Führung: Rostock geheim! Stasi-Stadt-Rundgang mit Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock).

Start: vor der „Galerie Rostocker Hof“
Kröpeliner Straße 26
18055 Rostock

Donnerstag, 12. November 2024, 18.00 Uhr

Podiumsgespräch: Zeitenwende vor 35 Jahren. Die Friedliche

Revolution in der DDR 1989. Was war – was bleibt? Podiumsgespräch mit Anne Lange und Johann Georg Jaeger, Moderation: Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock) incl. Präsentation von Fotos von/mit Reinhard Kramer: „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution in Rostock 1989/90“. Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG).

Ort: Grüner Weg 5
18055 Rostock

Dienstag, 03. Dezember 2024, 13.00–17.00 Uhr

Bürgerberatung: Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen? Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG).

Ort: Grüner Weg 5
18055 Rostock
Änderungen vorbehalten!

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock
Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck/Dummerstorf

Tel.: 038208 826 1323

E-Mail: Beate.Karow@bundesarchiv.de

Internet: www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock



Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V.

Auf der Mitgliederversammlung vom 03. September Chemnitz wurde turnusgemäß der Vorstand unseres Vereins neu gewählt. Mit Veronika Brandt (wieder-) und Andreas Neudert (neu gewählt) sind weiterhin eine Zeitzeugin beziehungsweise ein Zeitzuge in dem Gremium vertreten.

Außerdem bestätigte die Versammlung unseren Vorsitzenden, den Chemnitzer Rechtsanwalt und Stadtrat Jürgen Renz, für zwei weitere Jahre im Amt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden neben Veronika Brandt die bisherigen Vorstandsmitglieder Michaela Bausch und Volkmar Zschocke sowie in Abwesenheit Hanka Kliese und Alexander Dierks wiedergewählt. Als Schatzmeisterin ebenfalls im Amt bestätigt wurde Nicole Jassner-Sehning, als Beisitz-

zerin neben Andreas Neudert unser Vereinsmitglied Damaris Meischner.

Unser bisheriges Vorstandsmitglied Falk Mrázek stand wegen eines Umzugs nicht erneut zur Wahl. Er bleibt dem Verein als Mitglied und Zeitzuge weiterhin eng verbunden. Unser Vorsitzender Jürgen Renz bedankte sich bei ihm und allen Ehrenamtlichen für ihr Engagement in einer für unseren Verein wichtigen und arbeitsintensiven Phase. Auch die Arbeit der beiden Kassenprüfer Melanie Langhammer und Dr. Martin Böttger würdigte unser Vereinsvorsitzender. Beide wurden ebenfalls im Amt bestätigt.

Seit Eröffnung unseres Lernorts und unserer ebenfalls neu entstandenen Dauer-

ausstellung Ende Oktober 2023 besichtigten rund 13.000 Besucherinnen und Besucher unseren Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis.

Lern- und Gedenkort
Kaßberg-Gefängnis e.V.

Kaßbergstraße 16 c
09112 Chemnitz

Tel.: 0371 5248 6880

Fax: 0371 5248 6881

<https://gedenkort-kassberg.de/>

info@gedenkort-kassberg.de

Facebook neu: <https://www.facebook.com/lernortkassberg>

Instagram: https://www.instagram.com/lernort_kassberg/

Geöffnet Mittwoch bis Sonntag,

jeweils 10.00 bis 17.00 Uhr



Beratung für Opfer von SED-Unrecht durch den Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt

Die Beratungstermine in der Landeshauptstadt Magdeburg im Oktober und November 2024 finden am Schleinufer 12, 39104 Magdeburg dienstags von 14.00 bis 17.00 Uhr statt.

Weitere Termine an verschiedenen Orten in Sachsen-Anhalt für den Oktober und November sind unter Telefon 0391/5 60-15 05 oder E-Mail (info@lza.lt.sachsen-anhalt.de) zu erfragen. Anmeldung jeweils erforderlich.

Weitere Informationen unter: <https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de>.

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Leipzig

Dienstag, 05. November 2024, 19.00 Uhr

Vortrag: Stasi und RAF. Das Verhältnis der DDR zum internationalen Terrorismus.

Referent: Dr. Tobias Wunschik, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv

Dienstag, 26. November 2024, 19.00 Uhr

Vortrag: Titel: Leipzig in audiovisuellen Quellen.

Vorstellung des Filmarchivs im Bundesarchiv.

Referentin: Daniela Tamm, Abteilung Filmarchiv im Bundesarchiv.

Mittwoch, 27. November 2024, 11.00 Uhr

Öffentliche Führung: Titel: Archivführung

„Einer Diktatur auf der Spur“.

Hinweis: Eine Anmeldung per Telefon unter 030 18 665-3211 oder per E-Mail an leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de wird empfohlen.

Dauerausstellung: Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. – Stasi. Die Geheimpolizei der DDR.

Die Ausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs vermittelt wichtige Grundkenntnisse über die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit.

Wechsellausstellungen

01. Oktober bis 31. Dezember 2024

Titel: Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer.

05. Januar bis 31. Dezember 2024

Titel: Aufarbeitung. Die DDR in der Erinnerungskultur. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Dr. Ulrich Mähler und Dr. Stefan Wolle.

Öffnungszeiten der Ausstellungen:

Montag–Freitag 08.00–18.00 Uhr; Samstag/Sonntag und feiertags 10.00–18.00 Uhr. Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei. Der Eintritt ist immer frei.

Ort: Alle Veranstaltungen

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig

Dittrichring 24, 04109 Leipzig

Telefon: 0341 - 2247-3211

Internet: www.bundesarchiv.de

www.stasi-unterlagen-archiv.de



35 Jahre Mauerfall. 17 Perspektiven. Eine Videoinstallation.

Ab 27. September 2024 jeweils Dienstag bis Sonntag, 10.00 bis 18.00 Uhr
Besucherzentrum, Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Straße 119, 13355 Berlin
Anlässlich des 35. Jahrestages des Mauerfalls präsentiert die Stiftung Berliner Mauer unter dem Motto „Revolution erinnern, Demokratie gestalten“ ein Sonderprogramm. Im Fokus stehen unterschiedliche Erfahrungen und Perspektiven auf die Ereignisse im Herbst 1989, aber auch auf die Zeit danach in Ost- und Westdeutschland sowie Europa.

Videoinstallation „35 Jahre Mauerfall. 17 Perspektiven“. Sie besteht aus Videos, in denen 17 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu Wort kommen, die 35 Jahre danach ein breites Spektrum an Erfahrungen und Erinnerungen zeigen. Sie blicken auf die Zeit um und nach dem Mauerfall zurück. Es sind Menschen aus Ost und West, die den Mauerfall als Jugendliche oder Erwachsene erlebt haben, manche als schwierigen Einschnitt andere als positiven Wendepunkt in ihrem Leben. Ihre Berichte zeigen, dass es nicht den einen Blick auf das Ereignis gibt, sondern viele, sehr unterschiedliche Perspektiven. Der Eintritt ist kostenfrei. Die Installation ist voraussichtlich bis Februar 2025 zu sehen.

Ab dem 05. Oktober 2024 – Das mobile Erinnerungslabor – Revolution erinnern | Demokratie gestalten. Im 35. Jahr nach dem Fall der Berliner Mauer touren wir mit dem Fahrrad durch die Stadt und sammeln Ihre Erinnerungen: Wie war Ihr 09. November 1989? Was erlebten Sie in den 1990er Jahren? Welche Botschaft geht von 1989 für heute aus? An unserem Fahrrad können Erinnerungen in kurzen Videobotschaften aufgenommen werden. Alle unsere Guides vor Ort sprechen Deutsch & Englisch, viele auch weitere Sprachen. Entstehen soll eine Sammlung von unterschiedlichen oder ähnlichen, gemeinsamen Perspektiven auf die Maueröffnung und die folgende Zeit des Umbruchs.

Projektion an der East Side Gallery Am 09. November werden einige der Videos auf die Rückseite der East Side Gallery projiziert. Wir schauen auch zurück auf 1989, als die Menschen gemeinsam – mit Demonstrationen, Oppositionsarbeit, Botschaftsbesetzungen, Ausreiseanträgen – die Diktatur in der DDR zu Fall brachten und erinnern an den einzigartigen

Bruch, der Freiheiten, Demokratie und Rechtsstaat für das vereinte Deutschland brachte. Historische Videos lassen ein Bild über die folgenden Jahre entstehen, in denen sich neue Chancen und Möglichkeiten boten, aber Menschen auch ausgegrenzt und angefeindet wurden, ihren Arbeitsplatz verloren, ihren Betrieb schließen sahen und ihren Lebensentwurf oder ihre Existenzgrundlage neu erfinden mussten.

An den Wochenenden zwischen dem 05. Oktober und 09. November 2024 sind unsere Guides im Auftrag des Erinnerungslabors auch an der East Side Gallery unterwegs. **Alle Termine finden Sie hier.** Sprechen Sie uns gern an! <https://www.stiftung-berliner-mauer.de/erinnerungslabor>

Termine zur Route (Auswahl)

24. Oktober, 11.00 Uhr,
Leopoldplatz, 13347 Berlin
26. Oktober, 10.00 Uhr,
Carl-Schurz-Str. 2/6, 13597 Berlin
08. November, 11.30 Uhr,
Gedenkstätte Berliner Mauer
09. November, 11.30 Uhr,
Gedenkstätte Berliner Mauer

Die Termine sind kostenlos, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Weitere Informationen finden Sie hier: www.stiftung-berliner-mauer.de/35jahremauerfall



Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

**Dienstag, 29. Oktober 2024,
18.00 Uhr**

Detlef Jablonski, der ehemalige politische Häftling, präsentiert sein autobiografisches Buch: *Einer von Tausend – Eine Berliner Geschichte*. Durch einen Zufall erfährt Detlef Jablonski als kleiner Junge, dass die Erwachsenen, bei denen er in Ost-Berlin aufwächst, gar nicht seine richtigen Eltern sind. Die Pflegemutter züchtigt den Jungen, missbraucht ihn als Hausklaven und kontrolliert jeden seiner Schritte. Doch seine leibliche Mutter ist nach einer Haftstrafe nach West-Berlin abgehauen, und sein Vater will nichts von ihm wissen. Mit fünfzehn Jahren unternimmt der Junge seinen ersten Fluchtversuch, mit Achtzehn scheitert er erneut damit, zu seiner Mutter zu fliehen. Er wird zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, die er im Haftarbeitslager Schwarze Pumpe verbüßt. Detlef Jablonski erzählt ungefiltert und höchst authentisch seine tragische Geschichte mit teils überraschender Komik.

**Dienstag, 12. November 2024,
18.00 Uhr**

Dr. Stefan Wolle, der renommierte Historiker und Publizist eröffnet die mit Dr. Ulrich Mählert von der Bundesstiftung Aufarbeitung erarbeitete AUSSTELLUNG: „Die DDR in der Erinnerungskultur“. Seit ihrem Ende wird die untergegangene DDR in weiten Teilen akribisch archiviert, in unzähligen Büchern analysiert, in Ausstellungen musealisiert, auf Podien disku-

tiert, in Filmen und Theaterstücken neu inszeniert, in Lehrpläne integriert und bei manchen Familienfeiern immer wieder aufs Neue referiert. All dies ist Teil der Aufarbeitung der SED-Diktatur, die bis heute nicht abgeschlossen ist. In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung war die Vergangenheit der deutschen Teilung allgegenwärtig. Bis dahin streng geheime Archive wurden herangezogen, um erlittenes Leid zu dokumentieren, Schuld oder Unschuld zu beweisen, die eigene Politik zu legitimieren oder den politischen Gegner zu diskreditieren.

**Dienstag, 26. November 2024,
18.00 Uhr**

Fregattenkapitän a.D. Dr. Ingo Pfeifer, hält seinen dramatischen Vortrag: *SEEGRENZE DDR. Sicherung – Überwachung – Fluchtbewegung*. Mit dem Fall der Berliner Mauer endete 1989 die Grenz-Überwachung an der DDR-Ostseeküste. Ein Rückblick zu 40 Jahren „blaue Grenze“ dokumentiert die Perfektionierung des Grenzregimes ab 1961 mit Auswirkungen auf die Fluchtbewegung in der Ostsee. Hinter der Ostsee-Idylle verbarg sich ein System der Grenzüberwachung von 6. Grenzbrigade Küste (GBK), VP, freiwilligen Helfern der VP, Zoll, Paskontrolleinheiten sowie des MfS. Von August 1961 bis September 1989 ereigneten sich 5.636 Fluchten von DDR-Bürgern in der westlichen Ostsee. 913 Menschen gelang die Flucht. Die Tragik der Ostsee-Fluchten lag in der Erfolgsquote von nur 16,2 %

und der damit in Verbindung stehenden (und vorgetragenen) Statistik des Scheiterns und Todes.

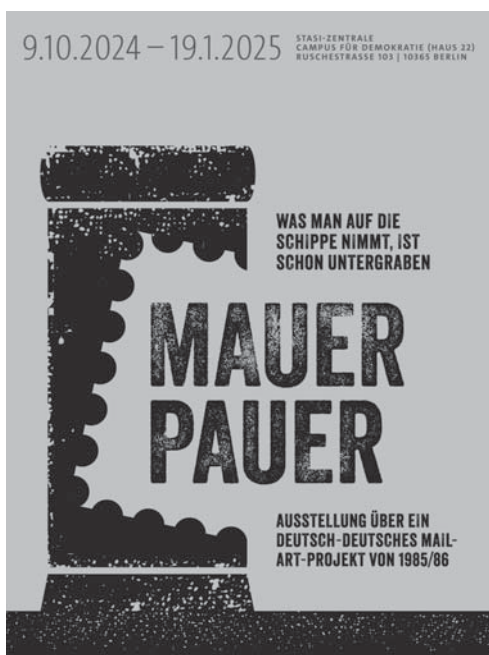
**Dienstag, 17. Dezember 2024,
18.00 Uhr**

Ursula Popiolek, die Vorstandsvorsitzende des Fördervereins Gedenkbibliothek bringt als szenische Lesung das dekonstruierte Werk von Alja Rachmanova zu Gehör: *DIE FABRIK DES NEUEN MENSCHEN* – „Das Wahre suchen, das Schöne lieben, das Gute üben“. Diese Trias und deren Dekonstruktion, gegenübergestellt von Alja Rachmanowa in ihrem Roman aus der Bürgerkriegszeit in Form einer Szenischen Lesung mit 10 Darstellern, darunter einem Profischauspieler, wird Sie dabei erwarten. Neben russischem Tee und Piroggen gibt es danach auch Punsch und unseren traditionellen Stollen.

Öffnungszeiten: Montag – Donnerstag, 10.00 – 18.00 Uhr sowie nach Vereinbarung.

Spendenkonto des gemeinnützigen Fördervereins Gedenkbibliothek bei: Deutsche Bank
DE38 1007 0848 0624 1822 00
BIC: DEUTDEB110

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
Nikolaikirchplatz 5–7
10178 Berlin-Mitte (Nikolaiviertel)
Tel.: 030 – 283 43 27
www.Gedenkbibliothek.de



MAUERPAUER – Ausstellung zum deutsch-deutschen Mail Art-Projekt von 1985/86

Die Ausstellung zeigt Objekte eines Mail Art-Projektes, das Künstlerinnen und Künstler aus West- und Ostdeutschland zusammen mit dem Journalisten Holger Kulick anlässlich des 25. Jahrestages des Mauerbaus 1986 initiierten. Getreu dem Motto „Was man auf die Schippe nimmt, ist schon untergraben“ tauschten sie ihre Gedanken zur Berliner Mauer und zu Mauern im Allgemeinen auf dem Postweg aus. Beginnend am 13. August 1985 wurden über 1.000 künstlerisch gestaltete Postkarten und verfremdete Gebrauchsgegenstände mit der Post nach West- und Ostdeutschland

und von dort nach Westberlin transportiert. Die Objekte und Postkarten befinden sich seit 2018 im Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft und werden nun zum 35. Jahrestag des Mauerfalls erneut gezeigt.

Die Ausstellung wurde von der Robert-Havemann-Gesellschaft mit Unterstützung des Bundesarchiv-Stasi-Unterlagen-Archiv erarbeitet. Sie ist vom 09. Oktober 2024 bis 19. Januar 2025 jeden Tag von 10.00 bis 18.00 Uhr im „Haus 22“ der Stasi-Zentrale – Campus für Demokratie zu besichtigen.

Solidarität mit Solidarność – Aus Feinden wurden Freunde

Hätte es ohne Polen die Deutsche Einheit gegeben? Das polnische Volk wehrte sich seit 1945 vehement gegen die sowjetische Okkupation und gegen die kommunistische Regierung. Aber erst als im Jahr 1980 die erste unabhängige Gewerkschaft „Solidarność“ (dt. Solidarität) in Polen aus einer Streikbewegung heraus gegründet worden war, einte dies das polnische Volk. Heute in Europa gemeinsam zu leben, heißt auch gemeinsam zu erinnern.

Polen hatte also einen entscheidenden Anteil daran, dass es im Jahr 1989 zum Fall des Kommunismus in Polen und in Europa kam. Am 12.09.2024 hielt Herr Michael Köllner (StUA Neubrandenburg) einen interessanten Vortrag zur Thematik: „Solidarität mit Solidarność“ – Die Solidarność als Inspiration der Opposition in der DDR und die Reaktion der Stasi. Am 19.09.2024 wurde die Ausstellung – „Lernt Polnisch!“. Solidarność, die DDR und die Stasi („Uczcie sie polskiego!“). Solidarność, NRD i Stasi) – des Bundesarchivs/Stasi-Unterlagen-Archivs Neubrandenburg und der Universität Stettin sowie der Pommerschen Landesbibliothek (Stettin) im Rahmen eines Podiumsgesprächs mit Zeitzeugen in Stettin eröffnet. **Die Ausstellung ist bis zum 15.12.2024**

in der Pommerschen Landesbibliothek (Podgórna 15/16, PL 70-205 Stettin) zu sehen. Weitere Vorträge im Rahmen „35 Jahre – Erste freie Regierung Polens, 35 Jahre Friedliche Revolution in Deutschland“ sind in deutscher Sprache geplant.

24.10.2024, 17.00 Uhr in Neubrandenburg
Zeitzeugengespräch „Streiks, Solidarność und das Kriegsrecht, ...“

25.11.2024, in Prenzlau (Rathaus)
„Solidarität mit Solidarność“ – Die Solidarność als Inspiration der Opposition in der DDR und die Reaktion der Stasi

05.12.2024, 17.00 Uhr in Neubrandenburg

13.12.2024, 17.00 Uhr in Stettin (Polen)
Es kann zu Terminänderungen kommen.

Öffnungszeiten: Montag bis
Donnerstag: 08.00–17.00 Uhr und
Freitag: 08.00–14.00 Uhr

Bürgerberatung: Zu den Öffnungszeiten sind durchgängig Bürgerberatungen möglich. Persönliche Beratung Montag bis Donnerstag: 08.00–17.00 Uhr und Freitag: 08.00–14.00 Uhr.

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv
Neubrandenburg
Neustrelitzer Straße 120
17033 Neubrandenburg
Telefon: 030 18665-1600
Fax: 030 18665-1619
E-Mail: neubrandenburg.
stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Foto und Text: André Rohloff



Podiumsrunde: Wolfgang Templin, Helga Hirsch, Monika Stefanek, Kinga Hartmann, Kazimierz Wóycicki

Sowjetische Militärtribunale (SMT) – Neue Forschungen und Perspektiven

Anfang 1945 kehrte der deutsche Angriffskrieg gegen die Sowjetunion an seinen Ausgangspunkt zurück. Mit den gen Westen vorrückenden sowjetischen Truppen kamen auch Angehörige der Sicherheitsorgane und der Militärjustiz nach Deutschland. Als Organe der Besatzungsmacht gewährleisteten sie die Sicherheit der Besatzungstruppen, ermittelten sie wegen nationalsozialistischer Verbrechen und bekämpften sie die Opposition gegen die Transformation der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) in eine kommunistische Diktatur sowjetischen Typs.

Auf einem Fachworkshop werden die Ergebnisse von abgeschlossenen und laufenden Forschungsprojekten vorgestellt, die sich mit der Tätigkeit von sowjetischen Militärtribunalen (SMT) und sowjetischen Sicherheitsorganen befassen. Gemeinsam

sollen neue Erkenntnisse, Perspektiven, Quellenzugänge und Fragestellungen diskutiert werden.

Wann: 07.11.24, 09.00 Uhr
Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam (Kooperationspartner)

Veranstalter:
Dokumentationsstelle Dresden

Der Workshop richtet sich an Wissenschaftler, Gedenkstättenmitarbeiter und alle sonstigen am Thema Interessierten. Um Anmeldung bis 14.10.2024 an Katharina Seidlitz, Dokumentationsstelle Dresden, katharina.seidlitz@stsg.de, wird gebeten. **Internet:** <https://www.stsg.de/cms/dokstelle/veranstaltungen/sowjetische-militaertribunale-smt-neue-forschungen-und-perspektiven>

Stiftung Berliner Mauer

Veranstaltungen anlässlich von „35 Jahre Friedliche Revolution und Mauerfall“

Dienstag, 05. November 2024, 19.00 Uhr: Konzert des tschechischen Liedermachers Jaroslav Hutka in der Immanuelkirche Berlin, Prenzlauer Allee 28, 10 405 Berlin – in Kooperation mit der Botschaft der Tschechischen Republik, der Immanuelgemeinde und der Robert-Havemann-Gesellschaft

Donnerstag, 07. November 2024, ab 18.30 Uhr: Dokumentarfilm "Lernt Polnisch. DDR-Oppositionelle und die Solidarność" (DW, 42 min), danach Podiumsgespräch mit Wolfgang Templin und Gästen aus Gdańsk

Der Eintritt ist jeweils frei, aber um Anmeldung wird gebeten unter:

https://www.stiftung-berliner-mauer.de/de/form/event-registration-tagung?source_entity_type=node&source_entity_id=1551&date=2024-11-05T19%3A00%3A00%2B01%3A00

Bund und Berlin geben Standort für das Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft bekannt

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien hat sich gemeinsam mit dem Land Berlin und dem Bezirk Berlin-Mitte auf einen Standort zur Umsetzung des geplanten „Denkmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland“ verständigt. Der zentrale Gedenkort soll im Spreebogenpark, unweit des Bundeskanzleramtes, entstehen und an die Opfer und Verfolgten der kommunistischen Diktatur erinnern.

Zur Festlegung auf einen Standort für das Denkmal unmittelbar vor dem Tag der Deutschen Einheit erklärt Kulturstaatsministerin Claudia Roth: „Gerade am Tag der Deutschen Einheit dürfen wir das Unrecht der SED-Diktatur und die Opfer des Kommunismus nicht vergessen. Viele Menschen, die sich für Menschenrechte und Freiheit eingesetzt haben, mussten dafür einen hohen Preis zahlen. Ohne ihren mutigen Einsatz wäre der Mauerfall kaum möglich gewesen. Auch das Leid, das das autoritäre DDR-Regime über viele Jahre verursacht hat, darf nicht in Vergessenheit geraten. Die Erinnerung an die Menschen, die an der Mauer ihr Leben verloren haben, an die Opfer von Willkürjustiz, von Heimerziehung oder Zwangsadoption sowie an die Menschen, die alltäglicher Überwachung ausgesetzt

waren, bleibt unsere Verpflichtung. Diese Erinnerung überträgt uns die Verantwortung, die SED-Diktatur und ihre bis heute andauernden Folgen weiter konsequent aufzuarbeiten.“

Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin: „Wir müssen uns erinnern und dürfen niemals vergessen. Das sind wir den Opfern von Diktatur und Unterdrückung schuldig. Ich bin deshalb sehr froh, dass wir mit dem ‚Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland‘ eine Lücke in der deutschen Erinnerungskultur schließen. Berlin ist für dieses Denkmal der richtige Standort, denn Berlin ist die Stadt der Freiheit. Wir müssen auch heute für unsere Demokratie und Freiheit kämpfen und sie verteidigen. Das Denkmal wird zudem ein zentrales Zeichen der Mahnung sein, das uns allen die Gefahren und Folgen totalitärer Systeme bewusstmacht.“

Stefanie Remlinger, Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Mitte: „Demokratie und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeiten. Das wollen, das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen. Es braucht, um an die unzähligen Opfer und Verfolgten der kommunistischen Diktatur in Deutschland zu erinnern, einen zentralen Gedenkort. Ich

freue mich sehr, dass wir im Spreebogenpark, im Herzen unserer Demokratie einen kongenialen Ort dafür finden konnten. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Gestaltung des Denkmals die künstlerischen Ideen des Parks und auch seine Erholungsfunktion berücksichtigt wird.“

2019 beschloss der Deutsche Bundestag die Errichtung eines zentralen Mahnmals für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland. Die Beauftragte für Kultur und Medien fördert eine Koordinierungsstelle bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die die Planungen zur Realisierung des Denkmals begleitet. Ein wissenschaftlicher Beirat unter Beteiligung der Union der Opfer Kommunistischer Gewaltherrschaft hat eine inhaltliche Konzeption für das Mahnmal vorgelegt. Ergänzend zum Denkmal sind ein Informationsangebot vor Ort und eine vertiefende digitale Dokumentation geplant. Nach Abschluss einer intensiven Suche nach einer geeigneten, freien Fläche im Zentrum der Hauptstadt und einer ersten baulichen Prüfung tritt das Vorhaben der Bundesregierung in eine neue Umsetzungsphase. 2025 stehen im Bundeshaushalt Mittel für einen Gestaltungswettbewerb zur Verfügung. <https://www.uokg.de/2024/10/standort-des-mahnmal-festgelegt/>



Bund und Berlin geben Standort für das Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft bekannt. Das Areal liegt im westlichen Bereich des Parks, nördlich der Schweizer Botschaft. Es ist gut einsehbar und wird dem künftigen Mahnmal einen prominenten Ort für das Gedenken an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland bieten. Spreebogenpark Luftbild – neuer Standort rot markierte Fläche (09-2024 – 40 Meter). Copyright: www.kulturstaatsministerin.de

Das vereinte Deutschland mit der SED-Diktatur gleichzusetzen, verharmlost das SED-Unrecht

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur betont anlässlich des Tags der Deutschen Einheit, dass die Wiedervereinigung vor 34 Jahren das Ergebnis einer souveränen, von einer großen Mehrheit der Ostdeutschen getragenen Entscheidung war. „Wer die Wiedervereinigung als Übernahme oder Kolonisierung durch den Westen darstellt, tut selbst das, was er anderen vorwirft: Er entmündigt noch nachträglich die Ostdeutschen, die sich 1990 in freien Wahlen für die Parteien entschieden, die eine schnelle Wiedervereinigung anstrebten“, unterstreicht Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung.

„Ebenso geschichtsvergessen ist es, das vereinte Deutschland mit der SED-Diktatur gleichzusetzen“, fügt Kaminsky hinzu. Solche Gleichsetzung schmähden die Opfer der sowjetischen Besatzungsherrschaft und des SED-Regimes, die in der Nachkriegszeit aus politischen Gründen ermordet wurden oder in den Lagern und Zucht-

häusern starben, sowie all jene, die beim Versuch, die Grenze nach Westen zu überwinden, ums Leben kamen. Diese Menschen dürften ebenso wenig vergessen werden, wie jene, die in der vermeintlich „heilen Welt der Diktatur“ ausgegrenzt, verfolgt, von Stasi-Maßnahmen zersetzt oder inhaftiert wurden – sei es, weil sie in Opposition zum Regime standen, sich nicht anpassen oder das Land verlassen wollten.

Bundesstiftung Aufarbeitung fordert zum Tag der Deutschen Einheit Verbesserungen bei der Opferentschädigung

Im Hinblick auf den Tag der Deutschen Einheit fordert die Bundesstiftung Aufarbeitung, die Situation der SED-Opfer zu verbessern: Die SED-Opferrente müsse an die allgemeine Rentenentwicklung angepasst und der Zugang zu Hilfen, insbesondere bei gesundheitlichen Folgeschäden, erleichtert werden. Zudem sei ein bundesweiter Härtefallfonds notwen-

dig, um Opfer in besonderen Notlagen zu unterstützen. Weitere Opfergruppen wie Zwangsausgesiedelte, Opfer von Berufsverboten und Diskriminierungen, Jugendliche in DDR-Spezialheimen sowie die Hinterbliebenen politisch Verfolgter sollten ebenfalls in den Schutzbereich des Gesetzes aufgenommen werden. Besondere Dringlichkeit sieht die Bundesstiftung bei der im Koalitionsvertrag der Ampelparteien 2021 angekündigten Beweislastumkehr: „Diese Ankündigung muss nun in geltendes Recht überführt werden“, fordert Kaminsky.

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Kronenstraße 5, 10117 Berlin

Fon: +49 (30) 31 98 95-0

Fax: +49 (30) 31 98 95-210

E-Mail:

bueero@bundesstiftung-aufarbeitung.de

www.bundesstiftung-aufarbeitung.de

facebook.com/

Bundesstiftung Aufarbeitung



35 Jahre Friedliche Revolution: Bundesstiftung bietet Material für Aufarbeitung

Mit Blick auf 35 Jahre Friedliche Revolution und Mauerfall möchte die Bundesstiftung Aufarbeitung auf folgende ihrer Angebote hinweisen:

Zeitzeugenbüro: Im Zeitzeugenbüro der Bundesstiftung finden Sie über 300 mögliche Gesprächspartner zum Themenfeld SBZ/DDR, Friedliche Revolution und Mauerfall. Die Zeitzeugen können über das jeweilige Zeitzeugenprofil für Interviews angefragt werden.

Dossier Friedliche Revolution: Unsere Materialsammlung zum Thema bietet neben einer Chronik der Ereignisse im gesamteuropäischen Kontext zahlreiche monothematische Artikel zum Thema und verschafft Ihnen einen schnellen historischen Überblick.

Ausstellung Friedliche Revolution und Deutsche Einheit kompakt: Auf nur sechs Tafeln verdeutlicht unsere neue Kompaktausstellung anhand von Karten und illustrierten Zeitleisten chronologische und geografische Zu-

sammenhänge des Epochenumbruchs 1989/90. Die Ausstellung wird im Inland und Ausland erfolgreich gezeigt. Gern stellen wir Ihnen die der Schau zugrundeliegenden Chroniken zur Verfügung, ebenso JPEGs der Tafeln. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird diese Ausstellung in Ihrem Einzugsgebiet gezeigt. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/friedliche-revolution-deutsche-einheit-kompakt>

Veranstaltungsübersicht: Die Bundesstiftung erweitert in Zusammenarbeit mit dem Ostbeauftragten der Bundesregierung ihren Onlinekalender, um dort über alle Veranstaltungen zu informieren, die bundesweit zum Thema Friedliche Revolution ausgerichtet werden.

Backstage DDR: Die Videoserie „Backstage“ DDR erklärt den zweiten deutschen Staat speziell für eine jugendliche Zielgruppe – auch zur Friedlichen Revolution und zum Mauerfall wurde eine Folge produziert, für Ihr jüngeres Publikum von Interesse sein könnte.

DDR-Quiz: Die Bundesstiftung stellt Ihnen bei Bedarf gerne das DDR-Quiz als Worddatei zur Verfügung, so dass Sie die Fragen und Antworten in Ihrem Layout veröffentlichen können. <https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLScFvxqI900uFc1-B1RZ7fQxgMeHGOeBpXqCDURJ-Ksul-fQUkw/viewform>

Die Mauer in der Welt: Kurz nach dem Mauerfall wurden ihre Segmente zum Spekulations- und Handelsobjekt. Zwischenzeitlich erinnern solche Segmente weltweit an friedliche Überwindung des Kommunismus. Unsere Website <https://www.berliner-mauer-weltweit.eu/> sowie das Buch zum Thema bietet vielfältige Anregungen für Ihre Berichterstattung.

Freier Bilder-Download: Die Bundesstiftung stellt politisch-historischen Bildungsträgern und allen Interessierten Bilder aus ihrem Archiv zur nicht-kommerziellen Nutzung zur Verfügung. www.bundesstiftung-aufarbeitung.de facebook.com/ BundesstiftungAufarbeitung



DDR Brett- und Kartenspiele mit Dr. Wolle

»Frag Dr. Wolle« stellt sich monatlich brennenden Fragen rund um die DDR-Geschichte (<https://www.ddr-museum.de/de/frag-dr-wolle>). In einer Youtube-Folge von »Frag Dr. Wolle« spricht der wissenschaftliche Leiter des DDR Museum über die zahlreichen Brett- und Kartenspiele in der DDR und stellt einige Spiele aus der Sammlung des Museums vor (<https://www.ddr-museum.de/de/frag-dr-wolle/spiele-der-ddr>). Gezeigt werden unter anderem ein selbstgebasteltes Monopoly-Spiel aus der DDR, aber auch diverse Quartettspiele. Das DDR Museum in Berlin ist täglich von 09.00-21.00 Uhr geöffnet. Weitere Informationen zum Museum gibt es hier: <https://www.ddr-museum.de/>

Das Sammeln und Bewahren von DDR-Kulturgut gehört zu den Kernaufgaben des Museums. Mittlerweile sind bereits über 300.000 unterschiedliche Objekte im Bestand und beinahe täglich werden es mehr. Zur fachgerechten Beherbergung der unterschiedlichen Alltagsgegenstände steht ein großräumiges Depot zur Verfügung und Museumswissenschaftler arbeiten seit Jahren an der Erfassung des umfangreichen Bestandes.

Leihgaben und Objekt-Spenden:

Gerne können Sie die Objekte für Ausstellungen und pädagogische Projekte leihen. Voraussetzung dafür ist, dass die konservatorischen Anforderungen eingehalten werden. Sie besitzen selbst noch Dinge aus der ehemaligen DDR und meinen, die gehören dringend ins Museum? Wenn Sie ein Angebot haben, zögern Sie nicht, direkt unsere Mitarbeiter in der Sammlung anzusprechen. **Ohne eine vorherige Absprache ist eine Abga-**

be von Spenden, z. B. an der Kasse, nicht möglich. Bitte sehen Sie auch von unabgesprochenen Paketsendungen ab.

Liste mit Objekten, die das Museum sucht:

Persönliches: Erinnerungen aus dem Pionier- oder Ferienlager, Eingaben (Bürgerbeschwerden an den Staat) als Original, Kopie oder Entwurf, Kutten, T-Shirts, Fotos und Tonträger aus der Heavy Metal- und Punk-Szene der DDR, Fotos und Gegenstände aus alternativen Jugendsubkulturen der DDR (Blueser, Punks, Skinheads, Friedensbewegung), Fotografien und Dias (z.B. vom Arbeitsalltag), Musikinstrumente (z.B. Flöten, Geigen, Gitarren, Schlagzeug, Keyboards etc.), selbstgebastelte Gesellschaftsspiele, Skateboard »Germina Speeder«

Haushalt: 3-Sitzer-Sofa mit stabilen Seitenlehnen sowie nicht herausnehmbaren Polstern in gutem Erhaltungszustand, Designersitzmöbel, Formo-Bausteinkasten »Palast der Republik«, Geschirr aus Meladur (Kunststoff), Nachttischlampen, Heimcomputer KC 85/2 und 85/4

Drucksachen: Filmplakate, Preislisten unterschriebene Dokumente von Generalsekretären und Mitglieder des Zentralkomitees der SED, Versandhauskataloge aus der DDR, Kataloge der Geschenkdienst- und Kleinexporte GmbH (Genex), Zeitschrift »Form und Zweck«

Auslandsbeziehungen: Fotos und Gegenstände vom Arbeitseinsatz im Ausland (z.B. Drushba-Trasse), Erinnerungsstücke


von ehemaligen Vertragsarbeiter in der DDR (Vietnam, Kuba, Angola), Erinnerungen aus den Auslandseinsätzen der NVA

Kleidung: Herrenjacken, selbst hergestellte Kleidungsstücke, Sportbekleidung, Uniformen der Zivilverteidigung, Volksmarine, Transportpolizei, Wismut-Polizei und des „Dienst für Deutschland“

Nahrungs- und Genussmittel: Lebensmittelverpackungen (besonders aus den 1950er- und 1960er-Jahren), originalverpackte Konserven, Kaffee Mix (»Erichs Krönung«), Filinchen

Politik und Gesellschaft: Ehrengeschenke aus Politik und Wirtschaft, Feuerwehrsirene, Schilder öffentlicher Einrichtungen und Betriebe, Werksuhren, Fotos von Grenzanlagen und Grenzsoldaten, Objekte rund um den Schulsport, Gegenstände vom Solidaritätsbasar, Raumausstattung aus öffentlichen Räumen Spielautomat »Polyplay«, Verkehrs- und Ortseingangsschilder, Werbung aus den 1950er- und 1960er-Jahren der Deutsche Werbe- und Anzeigengesellschaft (DEWAG), Objekte und Dokumente der Organisation Dienst für Deutschland (1952/53)

Wenden Sie sich bitte direkt telefonisch an die Kollegen in der Sammlung unter 030 847 1237 35 oder mit Bildern der Objekte per E-Mail an sammlung@ddr-museum.de. Vielen Dank!

Quellen: Redaktionell und <https://coolis.de/2023/11/07/ddr-brett-und-kartenspiele-mit-dr-wolle/>, <https://www.ddr-museum.de/de/sammlung/ihre-objekte-fuer-das-museum> 



Neubrandenburger Ehrenamtler zu Gast beim Bundespräsidenten

Auf Einladung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat am 13. September 2024 der stellvertretende Landesvorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus/Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus (VOS e.V.), Herr André Rohloff, in Begleitung, am Bürgerfest auf Schloss Bellevue teilgenommen.

Der Bundespräsident und seine Ehefrau Elke Büdenbender hatten ca. 4.300 ehrenamtlich engagierte Menschen aus ganz Deutschland zum Bürgerfest in den Berliner Amtssitz eingeladen.

André Rohloff in Begleitung beim Bürgerfest im Schloss Bellevue.
Foto Vereinigung der Opfer des Stalinismus/Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus (VOS e.V.)

Konferenz der Landesbeauftragten zum Tag der Deutschen Einheit in Schwerin

Präsentation und Gesprächsangebote auf Bürgerfest an der Graf-Schack-Allee vom 02. bis 04. Oktober 2024. Auf dem Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit vom 02. bis zum 04. Oktober 2024 auf der Einheitsmeile in Schwerin präsentierte sich die Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der kommunistischen Diktatur mit Informations- und Beratungsangeboten. Die Organisation für den Auftritt der Konferenz in der Landeshauptstadt wurde vom Landesbeauftragten für MV übernommen. Der Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur Burkhard Bley sagte: „Ohne die Friedliche Revolution vor 35 Jahren, als im Herbst 1989 mutige DDR-Bürger die Herrschaft der SED beendeten, würde es den Tag der Deutschen Einheit nicht geben. In diesem Jahr findet die zentrale Einheitsfeier in Schwerin statt. Daher werden wir das DDR-weit erste öffentliche Treffen des Neuen Forums am 2. Oktober 1989 in Schwerin würdigen. Wir sollten uns auch der Menschen erinnern, die auf dem langen Weg aus der Diktatur zu Demokratie und Freiheit ihr Leben verloren, die Leid und Unrecht erfahren haben. Besonders für diese Betroffenen stehen die Landesaufarbeitungsbeauftragten ein.“

Zeitzeugenprojekt und Ausstellungen

Bereits ab 01. Oktober 2024 wird zur Vorgeschichte der Deutschen Einheit informiert: In der Paulskirche (Am Packhof 8, 19053 Schwerin) wird bis zum 10. Oktober die Ausstellung „Aufbruch im Norden“ des Landesbeauftragten und der Landeszentrale MV zu sehen sein, die die Friedliche Revolution 1989 in den drei Nordbezirken der DDR

dokumentiert. Ebenfalls in der Paulskirche präsentierten Schülerinnen und Schüler am 02. Oktober zwischen 16.00 und 17.30 Uhr die Ergebnisse ihrer Projektarbeit mit Zeitzeugen des ersten öffentlichen Treffens der Bürgerbewegung in der damaligen DDR am 02. Oktober 1989. Darüber hinaus war bis zum 09. Oktober die Ausstellung „Aufarbeitung. Die DDR in der Erinnerungskultur“ der Bundesstiftung Aufarbeitung im Schweriner Schlosspark-Center zu sehen. Zwei Zusatztafeln zur Aufarbeitung im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zu den Themen Erinnern und Politik sowie Straßennamen und Denkmale wurden von der Landeszentrale für politische Bildung MV und vom Landesbeauftragten beige-steuert.

Vom 02. bis 04. Oktober verwandelte zudem eine Schaufensterausstellung der Bundesstiftung Aufarbeitung die Schwe-

ruiner Innenstadt in ein zeithistorisches Open-Air-Museum. Neben der Ausstellung zur Aufarbeitung wurden die Ausstellungen „Voll der Osten. Leben in der DDR“, „Leseland DDR“ mit ihrer Ergänzung „Science Fiction in der DDR“, „17. Juni kompakt“, „Friedliche Revolution und deutsche Einheit kompakt“ sowie „Der Weg zur deutschen Einheit“ gezeigt. Ein Wegweiser durch diese Ausstellungen findet sich hier: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/schaufensterausstellung.

Burkhard Bley
Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur
Bleicherufer 7, 19053 Schwerin
Tel. 0385 734006, Fax 0385 734007
Mail B.Bley@lamv.mv-regierung.de
Internet www.landesbeauftragter.de



Konferenz der Landesbeauftragten zum Tag der Deutschen Einheit – hier 2023 in Hamburg. Copyright: ThLA

7. Tätigkeitsbericht der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LakD)

Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Maria Nooke übergab den 7. Tätigkeitsbericht an die Vizepräsidentin des Landtages Barbara Richstein und stellte ihn den Medien vor. Der 7. Tätigkeitsbericht umfasst die Arbeit der Jahre 2022/2023 und gibt Einblick in die Aufgaben und in die Schwerpunktsetzungen dieser beiden Jahre. Er

beinhaltet Ausführungen zu allen Arbeitsgebieten der LAKD und zeigt, dass das Interesse an der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Brandenburg nach wie vor groß ist.

Eines der zentralen Themen der Aufarbeitungsbeauftragten im Berichtszeitraum

war die Beschäftigung mit der Frage, welche Bedeutung die Auseinandersetzung mit Diktaturgeschichte für die Stärkung der Demokratie haben kann. Dazu ist Wissen notwendig. Zwei historisch bedeutsame Ereignisse der DDR-Geschichte, die in besonderer Weise den Repressionscharakter des SED-Regimes dokumentieren, aber ebenso



den mutigen Widerstand dagegen zeigen, waren Schwerpunkte der beiden Berichtsjahre: Zum einen war das die Schließung der innerdeutschen Grenze am 26. Mai 1952, die mit der Zwangsaussiedlung der Grenzbevölkerung unter dem entlarvenden Namen „Aktion Ungeziefer“ einherging. Und zum zweiten der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 als Schlüsselereignis für die Entwicklung der DDR, der mit einem „doppelten Trauma“ verbunden war. Das Trauma der SED-Führung bestand in der Angst vor Machtverlust und das der Bevölkerung in der Angst vor Repression. Die SED-Führung reagierte mit einem Kontrollwahn als Instrument der Machtsicherung, die Bevölkerung mit einem hohen Maß an Anpassung. Sowohl die Angst der SED vor einem „neuen 17. Juni“ als auch die Angst der Bevölkerung vor Repressionen prägten die DDR-Gesellschaft bis zu ihrem Ende.

Wichtig war die Entwicklung neuer digitaler Angebote. Die digitale Themeneinheit zum 17. Juni 1953 in Brandenburg auf der Berlin History App beschreibt erstmals die damaligen Begebenheiten in über 90 Städten und Dörfern. Allein in der ersten Woche nach der Freischaltung gab es 10.000 neue Nutzer. Insgesamt hat die Berlin History App mit ca. 300.000 Nutzern eine sehr große Reichweite.

Beide Themen haben mit „Land im Aufruhr“ und „Zwangsausgesiedelt“ auch Eingang in den LAKD-Podcast „TonFall“ gefunden.

Im Bereich Jugendbildung hat die LAKD ihre seit 2021 bestehende Kooperation

mit der Potsdamer Marienschule und dem Dreilinden-Gymnasium Berlin fortgesetzt. Anlässlich des 9. November präsentieren junge Menschen ihre Projekte zum Thema Mauerfall am Gedenkort Griebnitzsee in einer öffentlichen Gedenkveranstaltung, die jährlich in Zusammenarbeit mit einem Potsdamer Aufarbeitungsverein organisiert wird. Diese Projekte werden mit einem biografisch-familiengeschichtlichen Ansatz erarbeitet, um die Ereignisse 1989/90 mit dem Geburtsort der Jugendlichen und den Lebenswegen ihrer Familien zu verbinden. 2023 bildete diese Veranstaltung den Rahmen für die Zentrale Gedenkveranstaltung des Landes Brandenburg in Erinnerung an den Mauerfall.


Auch im Berichtszeitraum hat die LAKD zahlreiche Fortbildungen im schulischen und außerschulischen Bereich angeboten und die seit Jahren erfolgreiche Fortbildungsreihe „Geschichte vor Ort“ in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendring Brandenburg fortgesetzt.

Ungebrochen ist die Nachfrage im Bereich der Bürgerberatung der Aufarbeitungsbeauftragten. Im Berichtszeitraum 2022/2023 führte das Beratungsteam 417 persönliche Gespräche mit Ratsuchenden und 2.152 Gespräche per Telefon. Zusätzlich gab es etwa 5.000 Mailkontakte. 548 Ratsuchende wandten sich erstmalig an die LAKD. Die Beratungsschwerpunkte lagen im Bereich der Einsichtnahme in die Unterlagen der Staatsicherheit (308 Anträge) und im Bereich der Strafrechtlichen Rehabilitation (168

neue Anfragen) – hier ganz besonders bei der Rehabilitation ehemaliger Heimkinder (123 Anfragen), welche in Spezialheimen der DDR-Jugendhilfe Leid und Unrecht erfahren mussten.

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Modellphase wird die Traumaberatung seit 2022 einmal im Monat in Neuruppin, Potsdam und Senftenberg angeboten und um einen telefonischen Beratungstag ergänzt.

Mit dem Jahr 2022 endete die Arbeit der Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe im Land Brandenburg. Seit dem 01. April 2017 wurden dort 2.021 Personen beraten und an 1.911 von ihnen eine materielle Hilfe vermittelt. Es konnten 9.000 Euro als einmalige Geldpauschale und bis zu 5.000 Euro Rentenersatzleistung ausgezahlt werden. Insgesamt wurden an Betroffene aus dem Land Brandenburg 19.892.000 Euro ausgereicht. Die Stiftung Anerkennung und Hilfe unterstützte Menschen, die als Kinder und Jugendliche Leid und Unrecht in Behinderteneinrichtungen und Psychiatrien der DDR erlitten und bis heute an den Folgen leiden. Da es sich um ein befristetes Hilfesystem handelte, ist eine weitere materielle Anerkennung der damaligen Geschehnisse gegenüber den Betroffenen nun nicht mehr möglich.

Auf Wunsch senden wir Ihnen gern ein Exemplar des Tätigkeitsberichts zu. Der Bericht ist auch auf unserer Homepage abrufbar unter: <https://aufarbeitung.brandenburg.de/ueber-uns/berichte/> 


Große Abschlussveranstaltung zur Ausstellung „An der Grenze erschossen...“



Die historische Grenzstadt Helmstedt war die letzte Station einer Ausstellung, die seit einem Jahr durch Sachsen-Anhalt und Niedersachsen und unter der Organisation von Michael Teupel (VOS), unterwegs war.

Die ergreifende Ausstellungseröffnung am 30. August 2024 im Zonengrenz-Museum wurde u.a. von Schülern der Stadt, der Sängerin Viktoria Romei, die das Ave Maria und Haleluja inter-

pretierte, sowie von verschiedenen Gastrednern gewürdigt. Die SED-Opferbeauftragte Evelin Zupke berichtete in ihre Rede u.a. auch über den tapferen Michael Gartenschläger, der an der innerdeutschen Grenze ermordet wurde. Besonders die Ausstellungsreihe in Niedersachsen wurden von den Medien (Print, Radio & TV NDR) äußerst großzügig dargestellt.

Für weitere historische Projekte steht der Zeitzeuge Michael Teupel im aktiven Austausch mit Vertretern der Stadt und des Landkreises. Die Ausstellung wurde unterstützt von der UOKG, der Stiftung Aufarbeitung sowie den Landesbeauftragten in Sachsen-Anhalt. 

(v.l.n.r.): Bürgermeister Carsten Staub (Parteilos), Michael Teupel (VOS), Birgit Neumann-Becker (Landesbeauftragte Sachsen-Anhalt, Mike Künzel (Büroleiter Katrin Budde, SPD).
Quelle: Michael Teupel

Doch wir sind frei und dafür sind wir sehr, sehr dankbar...

Die Aufarbeitung des SED-Unrechts und des DDR-Unrechtsstaates ist ein Bekenntnis zur Freiheit, für Demokratie, für den Rechtsstaat und für Menschenrechte. Auch nach 35 Jahren der Friedlichen Revolution von 1989 bleibt die konsequente Auseinandersetzung mit der SED-, DDR-

Diktatur und den bis heute andauernden Folgen ein zentraler Punkt für die deutsche Erinnerungskultur. Im 35. Jahr nach der Friedlichen Revolution von 1989 und am 75. Jahrestag der Gründung des DDR-Unrechtsstaates wurde am 07. Oktober 2024 in 17033 Neubrandenburg eine



Der Stellvertretende Oberbürgermeister, Herr Peter Modemann (links), hielt am 07. Oktober 2024 zur Einweihung der Gedenktafel eine Rede. Anschließend sprach Frau Evelyn Zupke (mitte), Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur. Nachfolgend hörten die Teilnehmer Herr André Rohloff, Stellvertretender Landesvorsitzender im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V./Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus e.V. (gegründet 09. Februar 1950). Copyright VOS

Zum Gedenken
an die politisch Verfolgten und Opfer,
die in der Zeit der SED-Herrschaft
durch das Ministerium für Staatssicherheit
Verfolgung, Repression und Gewalt erfahren,
Gefangenschaft erlitten und Folter
ausgesetzt waren.

Gestiftet von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.

Gedenktafel – Beschlossen vom Stadtrat Neubrandenburg am 01. Februar 2024 – „Annahme einer Geldzuwendung von Herrn André Rohloff – Geldzuwendung für die Anschaffung und Anbringung einer Gedenktafel.“ Copyright VOS

Gedenktafel für die Opfer der SED-, DDR-Diktatur im Beisein von Frau Evelyn Zupke (SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag) u. a. eingeweiht.

Das Gedenken und die Erinnerung an die Opfer staatlicher Repressionen in der DDR sind heute weiterhin von großer Bedeutung. Lassen sie uns der Verharmlosung vergangener und gegenwärtiger autoritärer Regime entgegenwirken und das Demokratieverständnis stärken. Diese Gedenktafel ist ein „Stein“, um sich der Vergangenheit zu erinnern und die Werte einer demokratischen Gesellschaft verinnerlichen. Der Stellvertretende Oberbürgermeister Herr Peter Modemann hielt zur Einweihung eine Rede. Anschließend sprach eine sehr beeindruckende Rede unsere Frau Evelyn Zupke.

Ausstellung über die NS-Verfolgung der Zeugen Jehovas in der Gedenkstätte Sachsenhausen

Anlässlich des 85. Jahrestages der Ermordung von August Dickmann im KZ Sachsenhausen luden die Gedenkstätte Sachsenhausen und die Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas am 15. September 2024 zur Eröffnung der Ausstellung „Standhaft trotz Verfolgung – Jehovas Zeugen unter dem NS-Regime“ in die Gedenkstätte ein. Die Schau des Geschichtsarchivs der Zeugen Jehovas erzählt auf 33 Text- und Bildtafeln die Verfolgungsgeschichte der seit 1933 verbotenen Religionsgemeinschaft in der Zeit des Nationalsozialismus.

Im KZ Sachsenhausen waren zwischen 1936 und 1945 rund 1000 Zeugen Jehovas inhaftiert. Sie bildeten eine eigene Haftgruppe und wurden von der SS mit einem lilafarbenen Winkel auf der Häftlingskleidung gekennzeichnet. Einer von ihnen

war August Dickmann, der sich aufgrund seiner religiösen Überzeugung nach der Verbüßung einer einjährigen Haftstrafe seit Oktober 1937 im KZ Sachsenhausen befand. Als er kurz nach dem deutschen Überfall auf Polen eine Verpflichtungserklärung zum Eintritt in die Wehrmacht unterschreiben sollte, verweigerte er dies. Daraufhin wurde er am 15. September 1939 auf Befehl von SS-Chef Heinrich Himmler auf dem Appellplatz des KZ Sachsenhausen vor den Augen der angetretenen Mithäftlinge erschossen. Der 29-jährige August Dickmann gilt als erstes NS-Opfer, das den Kriegsdienst aus religiösen Gründen ablehnte und deswegen von den Nationalsozialisten ermordet wurde.

Bei der Ausstellungseröffnung wurde ein Videointerview mit dem ehemaligen Häft-

ling Erich Forst gezeigt. Es folgten eine Ansprache des Historikers Hans Hesse und ein Zeitzeugengespräch mit Hans-Joachim Rehwald, dessen Vater Josef Rehwald in den Konzentrationslagern Sachsenhausen in Oranienburg und Wewelsburg in Ravensbrück inhaftiert war.

Die Ausstellung kann bis zum 15. Dezember 2024 in der ehemaligen Häftlingswäscherei besichtigt werden.

Öffnungszeiten: täglich 08.30 bis 18.00 Uhr (ab 15. Oktober bis 16.30 Uhr)
Information: www.sachsenhausen-sbg.de

Gedenkstätte und Museum
Sachsenhausen
Straße der Nationen 22
16515 Oranienburg

Verklärung der Geschichte – Opfer des Kommunismus nicht erwünscht?

Am 20.08.2024 strahlte der Fernsehsender 3 Sat die Reisereportage „Mein Sofia“ von Ernst Gelegs über die bulgarische Hauptstadt aus. Die Sendung widmete sich verschiedenen Erinnerungsorten des Kommunismus, darunter das Museum der sozialistischen Kunst, Denkmäler der Sowjetarmee und Kulturhäuser in Sofia. Auch Evgeniya Schiwkowa, die Enkelin des letzten kommunistischen Staatsführers Bulgariens, Todor Schiwkow, kam zu Wort. Sie lobte ihren Großvater als Staatsmann, an den sich viele gern erinnern, da er das Land ihrer Meinung nach in die richtige Richtung führte. Zudem kritisierte sie, dass Historiker die Leistungen ihres Großvaters verkennen und falsch beurteilen würden.

Gudrun Steinacker, langjährige Diplomatin und Vorsitzende der Südosteuropäischen Gesellschaft in Wien, stellte in einem Leserbrief am 03.09.2024 an den Autor der Reportage die Frage, warum Evgeniya Schiwkowa eine verharmlosende Sicht auf die Diktatur unkommentiert äußern durfte. Gelegs entgegnete, dass im öffentlich-rechtlichen Fernsehen verschiedene Meinungen erlaubt sein müssen, insbesondere da der Kommunismus sowjetischer Prägung längst Geschichte sei und nie wieder zurückkehren werde.

Doch wenn der Kommunismus wirklich Geschichte ist, warum wurden in der Reportage keine Orte gezeigt, die an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft erinnern? Warum kamen keine Opfer des Regimes zu Wort?

Die Sofia Platform, eine bulgarische Nichtregierungsorganisation, die politische Bildungsprojekte zur Erinnerungskultur in Bulgarien etabliert, arbeitet gegenwärtig an der Implementierung von Künstlicher Intelligenz in der Gedenkstättenarbeit. Da immer weniger Zeitzeugen aus der Zeit des Kommunismus in Bulgarien leben und somit für Zeitzeugengespräche nicht mehr zur Verfügung stehen, sollen mit künstlicher Intelligenz visualisierte Objekte geschaffen werden, die die Rollen verstorbener Zeitzeugen übernehmen. Es werden virtuelle Räume geschaffen, die eine Interaktion mit diesen künstlichen Zeitzeugen ermöglichen. Die Sofia Platform hat bereits die ersten Prototypen virtueller Insassen des ehemaligen bulgarischen Arbeitslagers Belene erschaffen. In Bildungsprojekten können Schülerinnen und Schüler mit diesen virtuellen Lagerinsassen kommunizieren.


Dennoch gibt es sie noch, die lebenden Opfer des bulgarischen Kommunismus. Sie sind auf die volle Unterstützung ihrer Angehörigen angewiesen. Häufig sind sie arm, leben sie in prekären Wohnverhältnissen und befinden sich auf der untersten Stufe des bulgarischen Existenzminimums. Sie haben keinen Zugang zu medizinischen Leistungen, die ehemaligen Sicherheitskräften des bulgarischen Geheimdienstes, der Armee und der Grenzpolizei gewährt werden. Auch eine Opferrente, wie sie ehemaligen Haftopfern nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) in Deutschland zusteht, existiert in Bulgarien nicht.

Am 25. Mai 2024 fand im Bürgerhaus Bennohaus in Münster eine Diskussionsveranstaltung mit Prof. Zeynep Zafer statt, die über die Protestbewegungen gegen die Zwangsumbenennungen von 1989 in Bulgarien referierte. Unter den Teilnehmern waren auch Engelkinder sowie Kinder von Opfern der damaligen Repressionen, die jetzt in Deutschland leben. Sie schilderten ihre traumatischen Erfahrungen bei den Verhaftungen ihrer Eltern und Großeltern sowie die selbst erlebten Repressionen in ihrer Kindheit. Besonders berichteten sie von den Schikanen des Wachpersonals bei ihren Besuchen in den Gefängnissen und Arbeitslagern. Ihre Erinnerungen sind nicht verarbeitet. Auch sie sind Opfer des Kommunismus in Bulgarien – Opfer in der zweiten und dritten Generation.

Wenn es also Opfer des Kommunismus in der zweiten und dritten Generation gibt, warum sind sie dann im öffentlichen Diskurs so wenig sichtbar? Ist ihre Teilhabe an der Aufarbeitung der Geschichte nicht erwünscht?

Teilhabe nicht erwünscht – Klassismus in der Geschichtsaufarbeitung?

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu entwickelte in seiner Habitus-Theorie das Konzept der unsichtbaren Machtausübung (Klassismus bezeichnet Vorurteile oder Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft oder der sozialen Position, die sich meist gegen Angehörige einer „niedrigeren“ sozialen Klasse richten.). Er beschrieb, wie Macht sich oft versteckt in gesellschaftlichen Normen und Regeln zeigt. Diese unsichtbare Macht schafft Barrieren, die bestimmten Gruppen, abhängig von ihrer sozialen Herkunft, den Zugang zu Ressourcen wie Bildung und Gesundheitsversorgung verwehren. Ist es vielleicht diese soziale Herkunft, die dafür sorgt, dass die Opfer des Kommunismus weniger beachtet werden? Liegt darin der Grund, warum sie selten zu Tagungen oder Reportagen eingeladen werden, die sich mit der Geschichtsaufarbeitung befassen?

Am 09. November 2024 wird auf Schloss Heiligenberg in Seeheim-Jugenheim (Hessen) der 9. Deutsch-Bulgarische Geschichtstag stattfinden. Ein Programmpunkt wird sich den sogenannten „Opferzonen“ (Sacrificed Zones) in Bulgarien widmen, die den Protesten in Russe von 1987 bis 1990 und der Umweltzerstörung durch die chemische Industrie nachgehen. Ein passendes Thema, um über die Ausblendung der Opfer im öffentlichen Diskurs nachzudenken. 



Veranstaltung zu 35. Jahre Fall des Eisernen Vorhang in Bulgarien im Bürgerhaus Bennohaus in Münster.
Foto und Text: Ulf Georgiew

79. Jahrestag „Speziallager“ SACHSENHAUSEN 1945–1950

Gedenkfeiern vom 31.08. bis 01.09.2024 zur Verlegung des sowjetischen Speziallagers Weesow nach SACHSENHAUSEN. Anlässlich der Teilnahme an der Gedenkfeier 2024 für die Häftlinge, die zwischen 1945 und 1950 im sog. „Speziallager“ SACHSENHAUSEN eingesperrt eingesperrt waren, fiel mir die „6. Arbeitstagung zur Erforschung der Geschichte des SPEZIALLAGERS SACHSENHAUSEN 1945-1950“ vom August 1999 wieder ein. Die Planungen für das „Museum zur Geschichte des sowjetischen Speziallagers SACHSENHAUSEN“ wurde vorgestellt vom damaligen Gedenkstättenleiter Prof. Dr. Morsch. Eingeladen waren auch ehemalige Häftlinge, die eigentlich aus ihren Lagererfahrungen etwas zur Ausgestaltung beitragen wollten. Sie kamen leider kaum zum Zug – wegen Zeitmangel. Beim anschließenden Gang über das Lagergelände fiel die Ausgrenzung der Massengräber am Kommandantenhof auf, getrennt durch Mauer, Zaun und Drehtür (die oft defekt war) vom Bereich der restlichen Gedenkstätte. 2024 findet der Besucher beim Erkundungsgang – wie schon in 1999 – kein Hinweisschild zur „Speziallager-Geschichte“ innerhalb des Geländes. Die Eröffnung der neuen Gedenkstätte fand schließlich 2001 statt. Das russische Außenministerium monierte anschließend in einer offiziellen Erklärung, dass im Museum „die Verbrechen des Faschismus und die Handlungen der sowjetischen Besatzungsmacht auf eine Stufe gestellt würden“. Die Seite der Opferverbände des Speziallagers warnte hingegen vor einer „Verharmlosung des NKWD-Lagers und der unmenschlichen Haftbedingungen“ (Wikipedia). Ein nicht informierter Besucher findet dieses Museum allerdings jetzt schon sowieso kaum, da quasi versteckt.

Während meines Besuches in 2024 bewegten sich außer mir im Museum nur noch zwei weitere Personen von Vitrine zu Vitrine. Ich vermisste übrigens die Gegenstände, die aus dem Besitz des sowjetischen Lager-Kommandanten Alexei Kostjuchin von seinem Sohn abgekauft und aus Moskau herantransportiert wurden. Nach Eröffnung konnten diese damals gleich in Eingangsnähe bestaunt werden. Nach kurzer Zeit fühlt man sich überfordert angesichts endloser Vitrinen im düsteren Raum, zu denen man sich herabbeugen musste, um Fotos, Dokumente, Biographien sowie im Lager her-

gestellte Gegenstände wahrnehmen zu können. Hat man hier auch an Rollstuhlfahrer gedacht?

Das Sowjetische Speziallager Sachsenhausen ab 1945

Im „Speziallager“ kamen zwischen 1945-1950 nach Schätzungen mehr als 12.000 Männer, Frauen und Jugendliche elendig um und wurden unwürdig in Massengräbern verscharrt. Insgesamt sollen über 60.000 Personen nach dem Einmarsch der Rote Armee, begleitet vom NKWD (sowj. Geheimdienst unter Ivan Serov), inhaftiert worden sein. Nur wenige waren sog. Faschisten bzw. Nazi-Verbrecher. Die Besatzungsarmee bzw. der NKWD war bei den meist willkürlichen Verhaftungen von Zivilisten auf Denunziationen angewiesen. Manch Denunziant fand sich nach Einsatz selber im Lager oder Zuchthaus wieder. Es hieß damals: die Sowjets brauchten Verräter – verachtete diese jedoch.

Gedenkveranstaltung 2024

Am 31.08.2024 fand nun ein Gedenken an den Massengräbern im Schmachtenhagener Forst statt, wo sich die Teilnehmer die vielen Kreuze und Gedenksteine, die Angehörige für ihre Toten aufgestellt hatten, anschauten. Reinhard Klaus sprach hier einige mitfühlende und erklärende Sätze. Nachmittags hielt in der ehemaligen Häftlingswäscherei Olga Danilenko einen Vortrag zu ihrem Dissertations-Projekt „Sowjetische Häftlinge im Speziallager“. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich Dr. Enrico Heitzer, das Publikum und der Gedenkstättenleiter Prof. Dr. Axel Drecoll, der in Freizeitkleidung mitten zwischen dem Publikum entdeckt wurde. Einige der angereisten Teilnehmer äußerten sich enttäuscht, dass im Vortrag ausschließlich von sowjetischen Häftlingen die Rede war, schließlich war man hergekommen, um der eigenen Landsleute zu gedenken.

Am 01. Sept. begannen die Feierlichkeiten an der „Düne“, wo Mariagnes Pense der Toten gedachte, die an diesem Ort „begraben“ wurden. Auch ihr Vater musste im „Speziallager“ sein Leben lassen. Anschließend startete die kooperative auch von Damen und Herren der Politik besuchte Gedenkveranstaltung am ehemaligen Kommandantenhof. Begrüßt

wurden die Gäste von Dr. Axel Drecoll, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten sowie Michael Ney, stellv. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V. Des Weiteren sprachen Dr. Bahar Haghani-pour, Vizepräsidentin des Abgeordneten-hauses von Berlin, Tobias Dünow, Staatssekretär für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Reinhard Wolf, 95-jähriger ehemaliger jugendlicher Zeitzeuge und Pfarrer Friedemann Hum-burg von der Ev. St.Nikolai-Gemeinde, Oranienburg.

Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung vom Berliner Polizeichor mit Chorälen, u.a. „Ich bete an die Macht der Liebe und Tebepajom“, ein ukrainisches Lied (O Herr gib' Frieden) in der traditionellen Liturgiesprache Kirchenslawisch. Die vielen anschließend niedergelegten Kränze und Gestecke verdeckten fast den Gedenkstein.

Sehr beeindruckend war die fulminante Rede von Michael Ney über Leben und Leiden der Häftlinge des Speziallagers. Besonders emotional war der anschließende Redebeitrag von Reinhard Wolf, 95 Jahre alt, über seine Haftzeit. Der ihn begleitende Sohn fand ebenfalls sehr anrührende Worte.

Danach begaben sich ehemalige Häftlinge und deren Angehörige, begleitet von Dr. Maria Nooke, Tobias Dünow sowie Dr. Enrico Heitzer und der Polizeichor, zum ehemaligen Durchgang zwischen den Lagerzonen I und II, wo im Februar 2022 Sturmtief „Ylenia“ die 1937 errichtete und weitgehend original erhaltene Lagermauer auf ca. 200 m Länge zum Einstürzen gebracht hatte. Jetzt erblickte man hinter einem Bauzaun leider nur herumliegende Quader. Der am früheren Durchgang zwischen den beiden Lagerzonen aufgestellte Gedenkstein für die Opfer stalinistischer Willkür wurde geborgen und noch verborgen eingelagert.

Historischer Umgang und Würdigung der Opfer

Theo Mittrup, UOKG, neuer Kassenwart der „Arbeitsgemeinschaft“, zitierte hier



aus einem Bericht, den er im KRAKOWER-SEEN-KURIER 04/2024 vom 19.04.2024 gefunden hatte. Eine Schülergruppe einer 10. Klasse hatte in der Woche nach den Winterferien 2024 SACHSENHAUSEN besucht und schockiert und entsetzt vom Guide erfahren, was die Häftlinge des KZ hier erleben mussten. In ihrem Artikel erwähnen sie mit keinem Wort, dass nach Kriegsende und der „Befreiung“ des KZ auf dem gleichen Gelände erneut ein Lager entstand. Der Guide hatte ihnen offenbar dazu nichts berichtet.

Ich war mit Gisela Gneist, der langjährigen Vorsitzenden der „Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen“ (verstorben 2007), befreundet. Sie hat mir immer wieder über ihre schreckliche Haftzeit im Speziallager berichtet – ebenso über die vorausgegangenen Gefängnisaufenthalte, wo unter schlimmer Folter unsinnige Geständnisse erpresst wurden. Hilflös

musste sie miterleben, wie viele ihrer jugendlichen Kameraden verhungerten und/oder an Krankheiten ganz elendig verstarben. Das konnte und wollte sie nicht vergessen. Als sie 1945 verhaftet wurde, war sie 15 Jahre alt. Gisela wurde 1946 von einem sowjetischen Militärtribunal (SMT) zu 10 Jahren „Arbeits- und Erziehungslager“ verurteilt wegen „bewaffneten Aufstandes gegen die S.U., der Zerstörung der bestehenden sowjetischen Staatsordnung sowie staatsfeindlicher konterrevolutionärer Verbrechen“. Einige ihrer Kameraden wurden mit ähnlichen Urteilen zum Tode verurteilt. „Zerstörung der sowjetischen Staatsordnung“ durch deutsche Jugendliche?? Wie absurd!!


Unfassbar, dass manche „Nicht-zur Kenntnis-Nehmende“ offenbar der Meinung sind, SMT-Urteile seien nach rechtsstaatlichen Grundsätzen ergangen, ergo Kategorie: NS-Verbrecher. Die meisten

Verurteilten wurden übrigens unaufgefordert in den 1990er Jahren rehabilitiert – von Moskau – wie auch die drei Teilnehmer an der Gedenkveranstaltung: die damals 16-jährigen Paul Radicke, Gerhard Taege und Reinhard Wolf.

Sybille Krägel, September 2024
I.G. NKWD-Lager Tost 1945
UOKG-Vorstandsmitglied

Weitere Informationen:

„Im Lager waren vorwiegend untere Funktionäre des NS-Regimes, aber auch Mitarbeiter aus Verwaltung, Polizei, Justiz und Wirtschaft sowie SS-Personal aus den Konzentrationslagern inhaftiert. Unter den Häftlingen befanden sich außerdem politisch Missliebige und willkürlich Verhaftete sowie von sowjetischen Militärtribunalen Verurteilte – Männer und Frauen, Alte und Junge, NS-Belastete und Unbelastete.“ Quelle: Gedenkstätte Sachsenhausen: [https://www.sachsenhausen-sbg.de/1945-sowjetisches-speziallager-sachsenhausen/#:~:text=Insgesamt%20inhaftierte%20der%20sowjetische%20Geheimdienst,an%20Hunger%20und%20Krankheiten%20starben](https://www.sachsenhausen-sbg.de/1945-sowjetisches-speziallager-sachsenhausen/#:~:text=Insgesamt%20inhaftierte%20der%20sowjetische%20Geheimdienst,an%20Hunger%20und%20Krankheiten%20starben.). **Youtube:** 1945 – Sowjetisches Speziallager Sachsenhausen. Virtueller Jahrestag. Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des Speziallagers Sachsenhausen: <https://www.youtube.com/watch?v=S-iYp2zccY>

„Die ‚Arbeitsgemeinschaft‘ erklärt ihrerseits, dass die Zahlen der Gedenkstätte, insbes. der Toten, weit untertrieben sind. Die Gedenkstätte nimmt die Häftlinge nach dem Krieg immer noch pauschal als NS-Verbrecher wahr, die Nachkriegshäftlinge fühlen sich als zweitklassig eingeordnet.“ Sybille Krägel. 



Von links nach rechts: Theo Mittrup, Sybille Krägel, Gerhard Taege, Reinhard Klaus vor „Eingestürzten Altbauten“. Foto: Anne Maltusch UOKG

Sänger der „Samtenen Revolution“ Jaroslav Hutka

25. November 1989, Flughafen Prag: Ein Mann steigt aus dem Flugzeug, lässig, langhaarig, eine Gitarre in der Hand. Es ist der Sänger Jaroslav Hutka. Nach elf Jahren im Exil will er nach Prag zurückkehren. Ein Visum für die Einreise hat er nicht.

An eine Rückkehr hatte er all die Jahre ebenso wenig geglaubt wie an einen Sturz des Regimes. Als er in seiner Kölner Wohnung einen chaotischen Bericht bei BBC-World-Service hörte, buchte er

kurzentschlossen den nächsten Flug nach Prag. In einer anderen Filmszene redet er mit einem tschechoslowakischen Beamten. Der fordert ihn auf, nach Frankfurt/Main zurückzufliegen, um ein Visum zu beantragen. Hutka denkt nicht daran. Wohlweislich haben seine Prager Freunde eine Demonstration organisiert: Erst sind es nur ein paar wenige, die man durch die Scheiben der Wartehalle sieht. Dann werden es immer mehr. Hutka packt seine Gitarre aus und singt – die Leute draußen in der Kälte stimmen ein und singen mit.

Bewegende Szenen über die Rückkehr des Sängers, die ein holländisches Fernseherteam filmte, das damals über die Situation in der Tschechoslowakei berichtete. Ein verwackelter Mitschnitt ist auf youtube zu finden: <https://www.youtube.com/watch?v=03rcMidVZBo>

Vier Stunden dauerte es, bis Hutka dann doch mit einem Zwei-Tages-Visum einreisen durfte. Direkt vom Flughafen fuhr er zur Massendemonstration auf dem Letna-Plateau, wo seine Freunde Václav Havel

und Jiří Dienstbier schon auf der Tribüne auf ihn warteten. Seit Mitte der 1970er Jahre waren Hutkas Platten verboten gewesen, seit 1978, als er aus dem Land gedrängt worden war, hatten die kommunistischen Machthaber versucht, die Erinnerung an ihn auszulöschen. Doch dann die Überraschung: eine Million Menschen stimmte in das Lied „Namest“ ein. Es gilt als Hymne eines großen Folk-Festivals in der kleinen mährischen Stadt Namest, das 1973 verboten worden war. Die letzten Verse lauten: **„Was jedoch am größten/das ist die Freiheit des Menschen.“**

So schön ist die Luft
schöner ist das Meer.
Am schönsten ist
das lächelnde Gesicht.

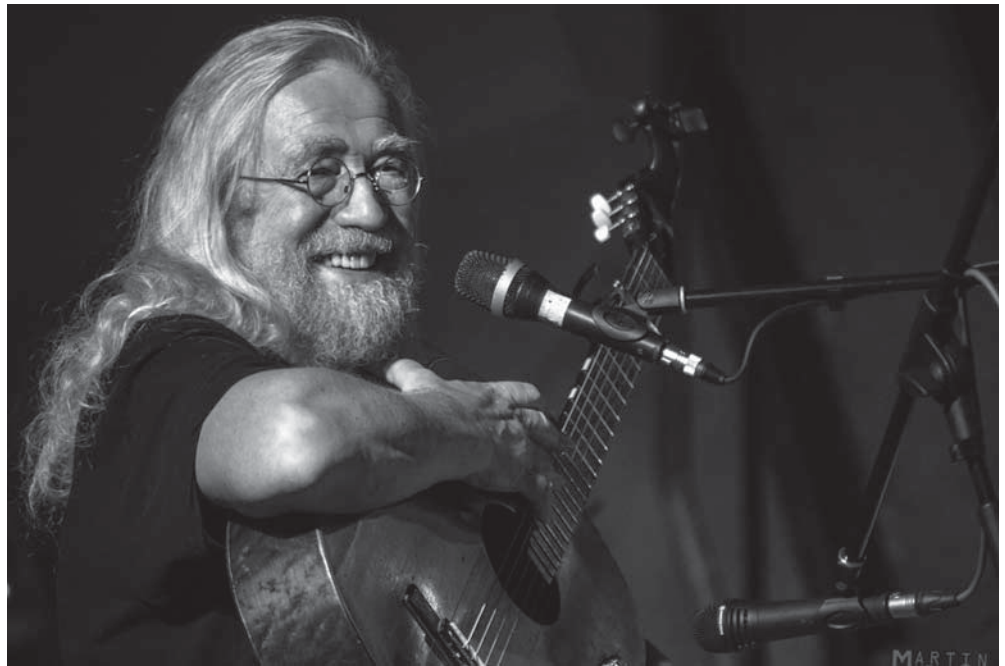
Fest ist der Tisch
fester ist der Berg.
Was am festesten ist
ist des Menschen Glaube.

Leer ist die Wüste
und auch des Himmels Weite.
Was am leersten ist,
ist ohne Liebe zu leben.

Mächtig ist die Waffe
mächtiger das Recht.
Was am mächtigsten ist,
es ist das wahrheitsliebende Wort.

Groß ist die Erde
Wasser fällt darauf.
Was jedoch am größten
Das ist die Freiheit des Menschen.

Ein denkwürdiger Auftritt: „Später hat mir mein Freund Václav Havel einmal in der Kneipe gesagt: ‚Jarda, du hast die Revolution gerettet.‘, erzählt Hutka. Ich fragte: ‚Wie? Mit einem Lied?‘ Er antwortete: ‚Ja, ich habe die Dokumente im Tresor. Sie waren im Innenministerium noch bereit zu schießen bei der Demonstration auf dem Letna-Plateau. Da war schon ein



Der tschechische Sänger Jaroslav Hutka, fotografiert von Martin Myslivec.

großes Kommando vorbereitet. Dann hast du gesungen, die Stimmung wurde friedlich und es war unmöglich, zu schießen.’ Ich antwortete: ‚Ok.‘ Aber dieses Lied hat tatsächlich etwas bewirkt. Das stimmt.“

Geboren wurde Jaroslav Hutka 1947 in der mährischen Stadt Olomouc. Ein Jahr später ergriffen die Kommunisten die Macht in der Tschechoslowakei. Mit „Klassenfeinden“ sprangen sie nicht zimperlich um. Säuberungen, Verhaftungen, Schließung von Klöstern, Verfolgung der katholischen Kirche, Enteignung sogenannter „Bourgeois“ gehörten zur Tagesordnung. Weil Hutkas Vater ein Möbelgeschäft besaß, wurde auch er als „Staatsfeind“ eingestuft. Die Familie wurde zwangsweise in ein kleines Dorf umgesiedelt, wo sie unter armseligen Bedingungen leben musste. Später durfte sie nach Olomouc zurückkehren.

1964 ging Jaroslav Hutka nach Prag, studierte an einer Kunstschule, kaufte sich eine Gitarre, und fing an, darauf zu spie-

len. Da war er schon 19 Jahre alt, hatte keine musikalische Ausbildung, und jeder sagte ihm, es sei zu spät, ein Instrument zu erlernen. Doch schon innerhalb eines Jahres hatte er sich ein Repertoire erarbeitet, in dem er das Lebensgefühl vieler junger Leute formulierte. Er trug es frei und ungezwungen auf der Prager Karlsbrücke oder auf freien Plätzen der Innenstadt vor. Jungendliches Publikum stellte sich von selbst ein. Schon bald folgten große Konzerte, in denen Hutka seine Lieder mit tiefgründigen, poetischen Texten sang, weshalb er manchmal auch als „tschechischer Bob Dylan“ bezeichnet wird. Er entdeckte auch vergessene alte mährische Balladen, deren tragischer Ton nicht in die Folklorepolitik der kommunistischen Partei passten. Er nahm auch alte Balladen in sein Programm auf. Er sang von David, der mit dem Teufel um die Wette fiedelt, um seine Mutter aus der Hölle zu befreien oder von Maria, die Jesu Blut aufsammelt und es in die Erde gräbt. Dort wächst später köstlicher Wein. Oder er sang von der Magd, die



Als der Eiserner Vorhang ein Loch bekam

Jahrzehntelang verhinderte Ungarn, dass DDR-Bürger in den Westen fliehen konnten. Vor 35 Jahren war plötzlich Schluss damit – mit einschneidenden Folgen. Eine Spurensuche in den Archiven der Geheimdienste.

Den Genossen aus der DDR schenkte Oberst József Varga schon im März 1989 reinen Wein ein. In seinem Land, so der Chef der internationalen Abteilung des ungarischen Staatssicherheitsdienstes, habe eine Entwicklung eingesetzt, die „letztlich dazu führen wird, dass die Grundlagen des sozialistischen Staates Schritt für Schritt beseitigt werden.“ Bewährte Tschekeiten würden in den Ruhestand versetzt, wodurch ihr Einfluss auf die Arbeit des Dienstes eliminiert werde. „Die Genossen der Sicherheitsorgane sehen derzeit keine Möglichkeit, eine Umkehr dieses Prozesses zu erreichen.“ Von Dr. Hubertus Knabe. Weiterlesen: <https://hubertus-knabe.de/als-der-eiserne-vorhang-ein-loch-bekam/>

ihren Herrn erschlug und selbst hingerichtet wurde.

In den Jahren nach der gewaltsamen Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 kamen dunkle Töne auch in seine eigenen Lieder. „Ich wurde immer wieder von der Polizei vorgeladen“, erzählt er. „Ich wurde regelmäßig zu Verhören geholt, es wurden verschiedene Ermittlungen eingeleitet. Einige Male musste ich auch in einer Zelle übernachten. Bei einem solchen Verhör sagte mir ein Mitarbeiter der Staatssicherheit, dass das, was ich singe, keine Kunst sei, sondern nur eine einzige antistaatliche Provokation. Ich fragte ihn: meinen Sie damit auch die alten mährischen Balladen? Er antwortete: ‚Wenn Sie sie singen, sind sie auch staatsfeindlich.‘“

Als Hutka in Kontakt mit verbotenen dissidentischen Schriftstellern kam – Václav Havel, Pavel Kohout, Ivan Klíma – verschärften sich die Konflikte. Eines seiner bekanntesten Lieder aus dieser Zeit trägt den Titel „Havlicku, Havle“. Es entstand während der ersten Gefängnishaft von Václav Havel. Der Text spielt mit dessen Namen und dem von Karel Havlíček, einem tschechischen Satiriker des 19. Jahrhunderts, der wegen seiner anti-habsburgischen Verse von den österreichischen Polizeibehörden nach Südtirol verbannt wurde. Die Parallele zu dem verfolgten Schriftsteller Václav Havel war offensichtlich: Dessen Texte und Dramen durften damals in der Tschechoslowakei nicht gedruckt werden.

Als die Staatssicherheit von dem Lied erfuhr, wurde Hutka festgenommen. Beim Verhör fragten ihn die Vernehmer, wer

mit dem Lied gemeint sei: der Dichter Havlíček oder der Staatsfeind Havel? Hutka antwortete, er habe den Dichter Havlíček gemeint – das Gegenteil konnte man ihm nicht beweisen.

Die bitteren Jahre stetiger Verfolgung seines gesamten Freundeskreises in den 1970er Jahren hat Hutka auch in eindrücklichen Prosatexten beschrieben: „Ich lebe in der Stadt Franz Kafkas. Ich bin Dichter in dieser Stadt, und seine Vorahnungen und Visionen beginnen, tägliches Brot für mich zu werden. Am 17. Oktober fand in Prag wieder ein Prozess statt. Außer Kafka wurde niemand in den Gerichtssaal hineingelassen. Vielleicht wäre auch ich als Zuschauer hineingelangt, aber um halb sechs in der Frühe schlugen plötzlich Gummiknüppel auf unsere Wohnungstür ein. Meine Frau hatte einen Streit mit fremden Männern im Flur, und zwei Uniformierte liefen dann mit erhobenen Gummiknüppeln in das Zimmer, in dem ich gerade wach wurde. ‚Schuhe ausziehen‘, befahl meine Frau. Die Uniformierten legten die Gummiknüppel auf die Türschwelle, schnürten ihre Schuhe auf und traten ein. Meine Frau machte das Licht an. Verschlafen schaute ich einen Zivilisten an, der mir ein Kärtchen mit seinem Foto zeigte. Ich saß im Bett, und die Uniformierten schauten aus der Zimmerecke beschämt hin und hielten die Knüppel selbstvergessen empor. Das sollte ein Aufwachen sein, aber es begann nur ein weiterer Traum.“

Solch kafkaesk-beängstigende Situationen spitzten sich zu, als Hutka im Herbst 1977 den Text der „Charta 77“ unterzeichnete. Das hieß: Auftrittsverbot. Die

Staatssicherheit wusste, dass der Sänger durch Verbote allein nicht würde zum Schweigen zu bringen sein. Also versuchte sie, ihn zu kriminalisieren. Heute ist bekannt, dass unter dem damaligen Innenminister Jaromír Obzina durch die „Aktion Sanierung“ (Akce Asanace) etwa 280 Unterzeichner der „Charta 77“ mittels physischer und psychischer Schikanen gezwungen wurden, das Land zu verlassen. Es klingt absurd, damals war es ernst: ein Gerichtssachverständiger stellte fest, dass das, was Hutka sang, keine Kunst sei. Alle seine Honorarverträge galten damit als „Fälschungen“. So einfach war es, aus dem Sänger einen „Wirtschaftskriminellen“ zu machen. Er musste mit fünf bis sechs Jahren Haft rechnen. Schweren Herzens entschloss er sich zur Emigration: „Mir wurde die Staatsbürgerschaft aberkannt. Ich bekam ein Stück Papier, das wie ein Schulzeugnis aussah, mit meinem Foto und meinem Namen darauf: ‚Jaroslav Hutka, unbekannte Staatsbürgerschaft. Verlässt die Tschechoslowakei. Zahl der ausreisenden Tage: ständig.‘ So eine dumme Amtssprache. Mit diesem Papier und der unbekannten Staatsbürgerschaft fuhr ich an die Grenze. Ein Soldat kam zu mir. Die geladene Maschinenpistole wippte an seiner Schulter und war einen Moment lang auf mich gerichtet. Er fragte: ‚Sie sind doch der Sänger?‘ ‚Ja‘, gab ich zu. ‚Und Sie emigrieren für immer?‘ ‚Ja, ich emigriere für immer.‘ ‚Aber das ist doch schade‘, sagte er, ‚ich habe doch Ihre Platten zu Hause.‘ Das war mein Abschied von der Tschechoslowakei.“

Hutka ließ sich in Holland nieder und wurde von Exiltschechen aus der ganzen

Grenzdokumentationsstelle Lübeck-Schlutup



Am Tag der Deutschen Einheit am 03. Oktober wurde in der Grenzdokumentationsstelle Lübeck-Schlutup der Opfer des DDR-Grenzregimes gedacht. Michael M. Schulz, Gedenkstättenbeauftragter der UOKG, hat an dem Tag Fotos gemacht von der von der UOKG mit tatkräftiger Unterstützung durch Michael Schulz und Fördermitteln des Bundes errichteten Gedenkstätte für an der ehemaligen innerdeutschen Grenze erschossene DDR-Flüchtlinge.

<https://www.grenze-luebeck.de/>

Grenzdokumentationsstelle Lübeck-Schlutup.
Foto: Michael Schulz,
Gedenkstättenbeauftragter der UOKG

Welt zu Konzerten eingeladen: Skandinavien, USA, Kanada, Australien. Er schrieb für exilschechische Blätter, sang auf holländisch, gab Platten heraus und schilderte in Feuilletons die westliche Welt: „Das Hauptproblem war für mich ein psychisches, denn ich stellte fest, dass die Holländer eine völlig andere Beziehung zu ihrer Sprache haben als ich mir das vorgestellt hatte. Sie sind überzeugt, dass ihre Sprache klein und unbedeutend ist, weil sie ein kleines Land haben. Das war für mich ein Schock. Wir Tschechen sind nur halb so viele wie die Holländer, trotzdem ist für die Tschechen die Sprache sehr wichtig. Viele Holländer fragten mich, warum ich nicht deutsch oder englisch singe? Dieses Problem, dass die Holländer ihre eigene Sprache nicht besonders gerne haben, hatte zur Folge, dass mir das Singen auf holländisch keine Freunde bereitete. Holland ist, was Singen angeht, kein glückliches Land. Damals überlegte ich, in ein größeres Land zu gehen, das zu der eigenen Sprache eine bessere Beziehung hat. England zum Beispiel, Deutschland oder Frankreich. Wahrscheinlich wäre es mir gelungen, dort Wurzeln zu schlagen. Schließlich lebte ich ein Jahr lang in Deutschland, dann kam die Revolution und ich kehrte zurück.“

Obwohl tagaus, tagein in großen Konzerten von drei- bis fünftausend Fans triumphal gefeiert, brauchte Jaroslav Hutka ganze zwei Jahre, um wieder eine Wohnung in Prag zu finden. Auch dass der Präsident sein Freund war, dass viele andere prominente Politiker in der Regierung seine Freunde waren, vermochte nichts an der Wohnungsnot zu ändern. Die realsozialistische Bürokratie war fast identisch geblieben, auch die neuen dissidentischen Politiker an der Spitze waren in solchen Alltagsfragen nahezu machtlos.

In den Liedern, die in den Jahren nach der Rückkehr entstanden, kritisierte Hutka die Politik, die einen ganz anderen Weg eingeschlagen hatte, als er sich während der „Samtenen Revolution“ erhofft hatte. Neue Strafverfahren – etwa wegen „Beleidigung“ von Politikern – wurden gegen ihn eröffnet.

Dennoch ist Jaroslav Hutka all die Jahre hindurch überaus kreativ geblieben. Zu seinen mehreren hundert Liedern kann er interessante, nachdenkliche oder amüsante Geschichten erzählen, wie er es schon in beliebten Radiosendungen gemacht hat. Er komponiert, textet, malt, produziert, gibt Konzerte.

In den letzten Jahren äußert sich Hutka zum mörderischen Krieg in der Ukraine, zur Flüchtlingspolitik der tschechischen Regierung, zur Umweltzerstörung im Land. Seine kritische Distanz zur Macht und zu den Mächtigen; die Unabhängigkeit, zu denken, zu schreiben, zu urteilen, hat sich der Künstler bis heute bewahrt. Bei uns aber ist der große tschechische Barde seltsam unbekannt geblieben: bis heute sind seine Platten und CDs in Deutschland nicht zu bekommen.

Am 05. November 2024 gibt es die seltene Gelegenheit, ein Live-Konzert von Jaroslav Hutka in Berlin zu erleben, das er anlässlich von „35 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs“ gibt. Ort und Beginn auf der Homepage der Stiftung Berliner Mauer veröffentlicht. Immanuelkirche, Prenzlauer Allee 28, 10405 Berlin, 18.30 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Historische Fotos von Jaroslav Hutka nach seiner Rückkehr aus dem Exil 1989 in Prag. Fotos: Archiv Jaroslav Hutka: http://hutka.cz/new/gallery/1989/Revolution/slides/10570341_10152754221924395_9211385096990020449_n.html

Doris Liebermann

Bundesverdienstkreuz für Günther Dilling (90)

Anlässlich der diesjährigen Ordensverleihung wurde am 01. Oktober in Schloss Bellevue Günther Dilling (90) aus Wolfenbüttel für sein Engagement als Zeitzeuge der SED-Diktatur geehrt. Wegen seiner Beteiligung am Volksaufstand vom 17. Juni 1953 verurteilte ihn das SED-Regime zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe. Nach seiner eigenen Flucht in den Westen verhalf er mehr als 70 Menschen zur Flucht aus der DDR. 14 Jahre lang war er ehrenamtlicher Gästeführer in der Gedenkstätte am ehemaligen Grenzübergang Helmstedt/Marienborn.

Die in Berlin ansässige Vereinigung 17. Juni 1953, die nach dem Volksaufstand von 1953 von geflüchteten Teilnehmern am Aufstand in Berlin gegründet und am 03. Oktober 1957 in das Vereinsregister eingetragen wurde, gratulierte ihrem ehemaligen langjährigem Mitglied zu der Auszeichnung. Die Vereinigung kritisiert aus diesem Anlass zugleich die „sehr späte“ Auszeichnung. Der Vorstand erinnert an den noch älteren Veteranen

des Volksaufstandes von 1953, Helmut Schlönvoigt. Dieser sei aktuell 98 Jahre alt, ohne bisher eine offizielle Ehrung für sein aktives Eintreten für Recht und Freiheit im Jahr 1953 erhalten zu haben. Helmut Schlönvoigt (*1926) war am 17. Juni 1953 unter den Ersten, die das Stasi-Haus in der Humboldtstraße in Jena erstürmten und musste dafür ebenfalls in DDR-Haft. Auch Klaus Hobrack, aktuell 90 Jahre alt, wurde am 17. Juni 1953 in Jena aktiv, als er u.a. die Kirchenglocken läutete. Beide nahmen seit Jahren an den Gedenkfeiern auf dem Friedhof Seestraße teil, wobei Dilling und Hobrack aus Gesundheitsgründen in diesem Jahr absagen mussten. Somit war Schlönvoigt der älteste Teilnehmer als Veteran des Volksaufstandes.

Quellenhinweise: <https://17juni1953.wordpress.com/2024/09/22/tag-der-deutschen-einheit-bundesverdienstkreuz-fur-gunter-dilling-90/>; Literatur: Henning Pietzsch: Der 17. Juni 1953. Bemerkungen zu Vorgeschichte, Verlauf und Bedeutung; Heinz Voigt: „Die Stimmung in



Günther Dilling – Bundesverdienstkreuzträger 2024. Copyright Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin

Jena war auf dem Tiefpunkt“ – Helmut Schlönvoigt – „Wir dachten am 17. Juni 1953 hauptsächlich an die politischen Gefangenen“ in: Gerbergasse 18 Heft 67 – Ausgabe II / 2013. DDR-Volksaufstand 1953. <https://www.geschichtswerkstatt-jena.de/archiv-zeitungen/-heft-67-ausgabe-2013>

Bundesverdienstkreuz für Waltraud Thiele




Waltraud Thiele – Bundesverdienstkreuzträgerin 2024. Copyright Zeitzeugenportal Haus der Geschichte Bonn

Ehrung einer engagierten Frau! Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zeichnete am 01. Oktober in Schloss Bellevue 28 Bürgerinnen und Bürger zum Tag der Deutschen Einheit mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland aus. Die 13 Frauen und 15 Männer set-

zen sich in herausragender Weise für die Werte der Demokratie ein. Unter ihnen in diesem Jahr ist Waltraud Thiele, eine überaus engagierte Frau aus Sachsen-Anhalt. Sie war bereits im Mai 2011 in der Berliner Kongresshalle, heute, Haus der Kulturen der Welt, aus Anlass des Verfassungstages mit der Verleihung des Preises „Botschafter für Demokratie und Toleranz“ ausgezeichnet worden.

Waltraud Thiele, Halle (Saale)/Sachsen-Anhalt. Bereits mit Beginn ihres Lebens hat Waltraud Thiele die Willkür und Unmenschlichkeit des SED-Regimes erfahren müssen. Sie wurde 1948 als Tochter einer politischen Gefangenen im Zuchthaus „Roter Ochse“ in Halle geboren, von ihrer Mutter getrennt und ein Jahr später in ein Kinderheim gebracht. Da es ihrer Mutter nach Entlassung aus der Haft untersagt war, da-

rüber zu sprechen, blieb Waltraud Thiele zu DDR-Zeiten ihre eigene Geschichte unbekannt. Direkt nach der Wiedervereinigung begann sie, sich der Aufarbeitung des SED-Unrechts zu widmen und Opfer politischer Gewalt zu beraten. Seit 2014 engagiert sie sich im Vorstand der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt“ und im Fachbeirat der „Beratungsstelle DDR-Heimkinderfonds Sachsen-Anhalt“. Außerdem ist sie als Zeitzeugin aktiv. Für ihren wichtigen Einsatz wurde Waltraud Thiele zur „Botschafterin für Demokratie und Toleranz“ ernannt.

Weitere Geehrte entnehmen Sie der Internetseite des Bundespräsidenten: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Berichte/DE/Frank-Walter-Steinmeier/2024/10/241001-Verdienstorden-TdDE.html> 

Nachruf auf Dr. med. Gerald Joram

Gerald Joram ist am 16. September 2024 gestorben. Wenige Tage später wäre sein 94. Geburtstag gewesen. Sicher hätte er dankbar und zufrieden auf eine lange Lebenszeit zurückblicken können. Aufgewachsen ist Gerald Joram im Vogtland, wo er zur Schule ging und 1949 sein Abitur gemacht hatte. Zum Wintersemester 1949/50 schrieb er sich für das Medizinstudium an der Rostocker Universität ein. Im Ruderclub der Universität fand er seinen Freundeskreis. Doch die freie Entwicklung, die er sich im Studium gewünscht hatte, wurde durch die zunehmende Indoktrinierung durch die FDJ und SED sehr schnell beendet. Gemeinsam mit seinen Freunden um Karl-Alfred Gedowsky wandte er sich gegen die offizielle Parteimeinung. Vom Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen in West-Berlin besorgten sie Literatur, um damit aufklärend aktiv zu werden. Das blieb der Staatssicherheit nicht lange verborgen. Am 29. Juni 1951 wurde Gerald Joram mit fünf weiteren Studenten verhaftet und umgehend der sowjetischen Geheimpolizei übergeben. Der Prozess vor einem sowjetischen Militärtribunal fand am 06. Dezember 1951 in Schwerin am Demmlerplatz statt. Karl-Alfred Gedowsky und Alfred Gerlach wurden zum Tode verurteilt, die anderen zu den üblichen 25 Jahren Arbeitslager. Auf sie wartete der Gulag nördlich vom Polarkreis in der Region Workuta. In dieser menschenfeindlichen Umgebung, bei Schwerstarbeit Untertage kämpften sie ums Überleben.

Hunger, Kälte und die völlige Abgeschiedenheit wurden zur täglichen Bedrohung. Konrad Adenauer ermöglichte ihre Rettung, indem er bei seinen Moskauer Verhandlungen mit Nikita Chruschtschow als Gegenleistung für die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen und politischen Häftlinge forderte. So kehrte Gerald Joram im Oktober 1955 zu seinen Eltern nach Ellefeld im Vogtland zurück. Doch seine Zukunft konnte er zwangsläufig in der DDR nicht sehen. In Bonn setzte er sein Medizinstudium fort.

Mit ihm waren mehrere der damaligen Rostocker Studenten heimgekehrt und hatten den Weg in den Westen gefunden. Hier suchten sie einander und fanden wieder zusammen. So waren es dann acht ehemalige Rostocker, die am 31. März 1957 in Tübingen spontan den Verband Ehemaliger Rostocker Studenten, VERS, gründeten. Es geschah absolut formlos, ohne Protokoll. Sie wollten ihre Erfahrungen aus der politischen Haft und dem Blick hinter die Fassade des kommunistischen Gewaltregimes in den Aufbau der jungen Bundesrepublik einbringen. Die Jahre im Gulag sollten nicht umsonst gewesen sein. So begann die erfolgreiche Geschichte des VERS und Gerald Joram hat über mehr als 60 Jahre aktiv daran mitgewirkt. Nach Abschluss seines Studiums konnte er viele Jahre als Facharzt für Allgemeine Medizin und Chirurgie seine Praxis führen. Statt danach den Ruhestand



Nachruf auf Gerald Joram, Jahrestreffen der Lagergemeinschaft WorkutaGULag Sowjetunion, Karlsruhe, 30. Mai 2014. Copyright Lagergemeinschaft Workuta

zu genießen, schloss er sich den medizinischen Hilfsvereinen an. Gemeinsam mit seiner Frau Annelie bemühte er sich in der Dritten Welt um kranke Menschen. Dafür hat ihn Bundespräsident Horst Köhler mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Der Verlust seiner Frau Annelie im Frühjahr 2021 hat ihn einsam werden lassen, doch in seinen vier Kindern hatte er eine verlässliche Stütze.

Nun ist Gerald Joram gegangen. Er war der letzte Überlebende der VERS-Gründer. Der VERS und all seine Freunde trauern gemeinsam mit seiner Familie um einen liebenswerten, stets toleranten Menschen. Wir werden Gerald Joram nie vergessen. Sein Andenken wollen wir in Ehren bewahren.

Peter Moeller, Verband Ehemaliger Rostocker Studenten, VERS

Horch & Guck – Schwerpunkt Opferentschädigung und Novellierung

Internetausgabe September 2024. Schwerpunkt 3/24:
Rehabilitierung-Entschädigung: <http://h-und-g.info/>

Außer Spesen nichts gewesen?

Nach 35 Jahren Diskussion um Rehabilitierung und Entschädigung von DDR-Opfern ist die Unzufriedenheit groß. Der Bundestag nimmt mit einer Gesetzes-Novellierung einen neuen Anlauf. Das Aufarbeitungsforum H-und G.info (Heute und Gestern) veröffentlicht einen Schwerpunkt zum Thema mit Analysen, Rückblicken, Stellungnahmen. **Erstmals Öffentlich:** die bislang faktisch geheimen Protokolle des Bundesjustizministeriums zur Gesetzesanwendung von 1994-2020. Kontroverse Kommen-

tare gibt es zu den Landtagswahlen und wie immer Rezensionen. Leserbriefe und Texteingendungen unter H-und-G.info2@web.de

Autoren: Johannes Beleites, Peter Wurschi, Utz Rachowski, Hans-Joachim Hacker, Martin Montag, Christian Booß, Gisela Rüdiger, Manfred Kruczek, Johannes Weberling, Caroline Wiethoff, Nina Schmoltdt, Moritz Breckwoldt, Gunnar Hamann, Inga Hengst, Inge Bennewitz, Peter Keup, Sandra Czech, Yvonne Laue, Jana Bertels, Jörg Frommer, Klara Pinerova, u.a.



Zeitzeugen gesucht – Erinnerung an ehemalige Einrichtungen in der DDR

Der Fonds Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990 bezweckte, Betroffene bei der Aufarbeitung ihrer Heimvergangenheit und bei der Abmilderung von Folgeschäden zu unterstützen. Die Stiftung Anerkennung und Hilfe war mit ähnlicher Zielrichtung ein Hilfesystem für Menschen, die als Kinder und Jugendliche zwischen 1949 bis 1990 in der DDR in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder Psychiatrie Leid und Unrecht erfahren haben. Beide Hilfesysteme sind heute geschlossen.

Die Erinnerung an die Lebensumstände der Betroffenen und das ihnen widerfahrne Unrecht sowie die Aufarbeitung der Missstände soll nicht auf die im Rahmen der genannten Initiativen geleisteten freiwilligen Leistungen beschränkt bleiben, sondern vielmehr Teil einer dauerhaften öffentlichen Erinnerungskultur werden.

Deshalb beabsichtigt das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt die Erstellung einer der Öffentlichkeit zugänglichen „digitalen Landkarte“ mit „digitalen Erinnerungsorten“, in denen die entsprechenden Einrichtungen im Gebiet des heutigen Freistaat Sachsen dargestellt sind.

In enger Zusammenarbeit mit Frau Bettina Monse, ehemalige Leiterin der Anlauf- und Beratungsstelle in Sachsen der Stiftung Anerkennung und Hilfe, und Herrn Dr. Christian Sachse (UOKG), Fachmann der Geschichte der DDR-Heimerziehung, sollen die ehemaligen Einrichtungen und deren Geschichte abgebildet und exemplarisch Einzelschicksale von Betroffenen erzählt werden.

Wenn Sie zu dieser Betroffenen-Gruppe gehören und von Ihren Erfahrungen in diesem Projekt berichten möchten, dann nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf: Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Referat 46 – Soziales Entschädigungsrecht, SED-Unrecht, Erinnerungskultur. E-Mail: Dokumentationsprojekt@sms.sachsen.de

Veranstaltungshinweis

„Überwinden wir die Teilung, indem wir sie fortsetzen. Unermüdlich, bis sich die Teile dem forschenden Blick entziehen und die Deuter nicht mehr wissen, ob sie zum Mikroskop oder zum Observatorium eilen wollen.“ Lutz Rathenow: Trotzig lächeln und das Weltall streicheln. Kanon Verlag 2022, S. 159.

Buchvorstellung: am Mittwoch, 30.10.2024, 19.00 Uhr in die Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund, Mohrenstraße 64, 10117 Berlin. Anmeldezeitraum bis 29.10.2024, Telefon:(030) 20345-245, Fax: (030) 20345-279, E-Mail: veranstaltungen-berlin@tsk.thueringen.de

Bürgerberatung

des Bundesarchivs für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung: (030) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr; Freitag 8.00–14.00 Uhr

Der Beutelsbacher Konsens geschichtsdidaktisch

Welche Bedeutung besitzt der Beutelsbacher Konsens für das historische Lehren und Lernen?

Der Sammelband diskutiert diese Frage aus verschiedenen Perspektiven und liefert so wichtige Impulse für eine überfällige geschichtsdidaktische Diskussion. Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und die Befähigung der Lernenden zum politischen Urteilen und Handeln: Seit über 40 Jahren gelten die Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses als Leitlinien der politischen Bildung. Obwohl historisches und politisches Lernen sowohl im Geschichts- und Gesellschaftslehreunter-

richt als auch in den Bildungsangeboten außerschulischer Lernorte mitunter eng verknüpft sind, steht eine geschichtsdidaktische Diskussion der Konsenssätze bisher aus.

Der Band diskutiert daher, welche Bedeutung der Beutelsbacher Konsens für das historische Lehren und Lernen besitzt.

Er liefert dadurch wichtige Impulse für eine überfällige geschichtsdidaktische Diskussion. <https://www.wochenschauverlag.de/Der-Beutelsbacher-Konsens-geschichtsdidaktisch/41660>



Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Hinweise und Korrekturen

Rezension: „Der Egon aus Hinterpommern“ in Heft 7/24: Autor ist Jörg B. Bilke. Danke für den Hinweis.

Der Wochenrückblick ist ein E-Mail-Pressespiegel, der Institutionen und Interessierte rund um das Thema DDR-Aufarbeitung informiert. Im Fokus stehen dabei die Opfer der SED-Diktatur. Er ist kostenlos und erscheint insgesamt in 50. Kalenderwochen im Jahr (Abweichungen möglich). Sie wollen den Wochenrückblick direkt auf Ihre Emailadresse erhalten? Sehr gerne nehmen wir Sie in unseren Verteiler auf. Dafür schicken Sie uns einfach eine **E-Mail an** wochenueckblick@uokg.de. Der Wochenrückblick wird herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG), Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. 030 557793-51, Fax: -40. Das UOKG-Team wünscht Ihnen eine informative Lektüre. **Internet:** <https://www.uokg.de/wochenueckblick/>

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für Korrekturen und Hinweise. Dank an alle Leser auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht und gewürdigt werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. **Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicher Texte behält sich die Redaktion vor.**

Digitaler „stacheldraht“: Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2023 als PDF-Dokument Online im Archiv abgerufen werden unter: <https://www.uokg.de/der-stacheldraht/>

Abonnenten können die jeweils aktuelle Ausgabe als **PDF-Dokument** zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung an **Redaktionsadresse E-Mail an:** der-stacheldraht@uokg.de
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE3333

Verwendungszweck „ABO Stacheldraht“ oder „Stacheldraht-Spende“

Verkaufspreis: 1 Euro/Ausgabe, 9 Euro/Jahr

Die UOKG im Internet: <https://www.uokg.de/>

Newsletter der UOKG: <https://www.uokg.de/thema/aktuelles/mitteilungen/>

Facebook: https://www.facebook.com/UOKGeV/?locale=de_DE

Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Union_der_Opferverb%C3%A4nde_Kommunistischer_Gewaltherrschaft

Redaktionsschluss Impressum letzte Seite.

Beachten Sie zur gedanklichen Anregung auch unser jeweiliges Zitat auf der letzten Seite.

Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e. V.

Erfahrungsgemäß zeichnen sich die letzten Monate des Jahres dadurch aus, dass unser Einsatz zusätzlich Kraftstoff braucht um die gestellten Aufgaben bis zum Jahresende zu erfüllen. In unserem Falle geht es darum, das „Schwerpunktjahr 2025“ angemessen vorzubereiten. Wir haben Ihnen daher Ihre Unterstützung vorbereitet und bitten, uns in der bewerteten Form über „die Runden“ zu helfen. Auf die besonderen Vorbereitungen für das Jahr 2025 mit unserem Schwerpunktprogramm hatten wir ja schon hingewiesen.

Im Mittelpunkt steht auch die Vorbereitung zur Gestaltung des „ländlichen Zentrums zur Aufarbeitung der SBZ und der DDR“. Außerdem die weitere Bautätigkeit beim Herrenhaus Plänitz, die end-


lich zügig voranschreiten wird, und das politische Schwerpunktprogramm für das kommende Jahr. Wir beobachten gerade ein verstärktes Interesse und neue Aktivitäten mit Blick auf 2025.

Hier also noch einmal unser Bankverbindung für Spenden:
Raiffeisenbank OPR
IBAN: DE 68 1606 1938 0103 0127 94.

Bei dieser Gelegenheit kommen wir noch einmal auf das Auftaktprogramm im April 2025 zurück. Auch hier bitten wir um Ihre Reaktionen zur Teilnahme bzw. Anmeldung. Veranstaltungsort ist im Hapimag Hotel in Braunlage/Harz. Der Kongress ist vorgesehen für den 08. bis 12. April 2025. Für weitere Details und Fragen ste-

he ich Ihnen gerne zur Verfügung (Tel.: 033970-51874)

Mit freundlichen Grüßen
Manfred Graf von Schwerin

Aktionsgemeinschaft
Recht und Eigentum e. V.
Ansprechpartner:
Manfred Graf von Schwerin
ARE-Plänitz: Hofstr. 5 16845 Planitz,
Telefon (033970) 51874
Fax (033970) 51875
E-Mail: are-pl@gmx.de oder
info@are-org.de
Internet: www.are-org.de
Bankverbindung: Raiffeisenbank OPR
IBAN: DE 68 1606 1938 0103 0127 94
BIC: GENODEF1NPP 

Verschleppt, verbannt, verschwunden

Eine verschwindende Generation kommt zu Wort. Emotionale Porträts der Betroffenen. Einblicke in die Vielfalt der Schicksale.

Grit und Niklas Poppe erzählen die Schicksale Jugendlicher und junger Erwachsener nach, die nach der NS-Zeit, nach Kriegs- und Nachkriegserlebnissen in die Fänge des sowjetischen Geheimdienstes gerieten, verhaftet und verschleppt wurden – oft ohne dass ihre Angehörigen damals etwas von ihrem Schicksal erfuhren. Es sind die Leidensgeschichten und Hafter-

fahrungen Betroffener aus der SBZ und DDR, die jung und unschuldig, oft für Jahre in einem der Speziallager der Sowjets und im Gulag verbrachten, nicht wenige mussten ihr Leben lassen. Quelle der Porträts sind vor allem Interviews mit Zeitzeugen und Zeitzeuginnen, die bisher unveröffentlicht sind. Im Mittelpunkt des Buches stehen dadurch die Betroffenen selbst. Ihre Erinnerungen werden so wiedergegeben, dass sie für die Leser und Leserinnen emotional nachvollziehbar sind und deutlich wird, wie schwer und nachhaltig Menschenwürde und Menschenrechte verletzt wurden. U. a. werden dort die Schicksale von Rosel Blaszyk, der Meuselwitzer Gruppe um Hans Günter Aurich, Helmut Tisch und Frieder Wirth vorgestellt. Das Buch ist ab 16. September 2024 im Buchhandel erhältlich.



.....
Grit und Niklas Poppe: Verschleppt, verbannt, verschwunden. Deutsche Kriegsjugend in Stalins Lagern und Gefängnissen. Herausgeber: Mitteldeutscher Verlag 2024, Taschenbuch 400 Seiten, ISBN-13 : 978-3963119156
.....

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage
10365 Berlin Lichtenberg
U5 und Bus 240 Magdalenenstraße

KONTAKT + ÖFFNUNGSZEITEN

Tel 030 55 77 93 51
Fax 030 55 77 93 40
E-Mail info@uokg.de
Internet: <https://www.uokg.de/verein/beratungsstellen/>
Montag bis Mittwoch 10.00–16.00 Uhr
Donnerstag und Freitag 10.00–14.00 Uhr

Juristische Beratung

Martina Kegel, Juristin
Di, Mi, Fr, 10.00–12.00 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: kegel@uokg.de

Zwangsadoption und Heimkinder

Cornelia Kurtz
(DDR-Zwangsadoption und ehemalige Heimkinder)
Telefonische Sprechzeiten: Mo, Di, 10.00–15.00 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54, Mobil: 0151 721 098 10
Persönliche Termine nach Absprache
E-Mail: kurtz@uokg.de

Psychosoziale Beratung

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych. /
ab 01.02.2024 in Vertretung Anne Maltusch
Mo, Mi, Fr, 10.00–12.00 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail: kuhn@uokg.de / maltusch@uokg.de

Soziale Beratung

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
Mo, Fr, 10.00–12.00 Uhr
Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: germer@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen. Termine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT oder die UOKG gespendet oder den Stacheldraht abonniert haben: Leider dürfen wir ohne ausdrückliche schriftliche Einwilligungserklärung die Namen der Spender nicht mehr veröffentlichen. Hintergrund ist die Datenschutz-Grundverordnung für Vereine: „In aller Regel können Vereine nur durch ihre Spender und Förderer existieren. Zu den personenbezogenen Daten dieser Spender und Förderer gehören etwa der Name, die Adresse sowie die Bankverbindung. Diese Daten dürfen ausschließlich erhoben werden, um die Spenden abwickeln zu können. Jedwede freiwillige Angabe bedarf – wie auch bei den freiwilligen Angaben der Vereinsmitglieder – einer Einwilligungserklärung“ (<https://www.psw-consulting.de/blog/die-datenschutzgrundverordnung-fuer-vereine/>)

Zitat

„Überwinden wir die Teilung, indem wir sie fortsetzen. Unermüdlich, bis sich die Teile dem forschenden Blick entziehen und die Deuter nicht mehr wissen, ob sie zum Mikroskop oder zum Observatorium eilen wollen.“ Lutz Rathenow: Trotzig lächeln und das Weltall streicheln. Kanon Verlag 2022, S. 159.

Grotewohl-Expresß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresßes“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (030) 98 60 82 30

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
 Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
 Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
 Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Internet: www.uokg.de
 E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:
 Konto: UOKG e.V.
 IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
 BIC: DEUTDE33HAN
Verwendungszweck „ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
 E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

9 Ausgaben pro Jahr, Verkaufspreis pro Einzelausgabe 1,- Euro

Bezug über die Redaktion <mailto:der-stacheldraht@uokg.de>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 8/24: 11. Oktober 2024

Redaktionsschluss Ausgabe 9/24: 15. November 2024

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

